Nr. 36 — Jahrgang 15 **Einzelnummer 0,20 Zl.** **Donnerstag, den 13. Februar 1930**

Volkswille

Anzeigenpreis: $^1/_{64}$ Seite 3.75, $^1/_{32}$ Seite 7.50, $^1/_{18}$ Seite 15.—, $^1/_8$ Seite 30.—, $^1/_4$ Seite 60.—, $^1/_2$ Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20 %, Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0.60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der Youngplan vor dem Reichstag

Außenminister Curtius über das Ziel des neuen Reparationsplanes — Dr. Breitscheid für die Annahme der Haager Beschlüsse — Was erreicht wurde — Einer neuen Zukunft entgegen

Berlin. Die große Reichstagsaussprache über die Haager Vereinbarungen wurde am Dienstag mit eingehenden Darlegungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius eingeleitet. Er betonte u. a., die Reichsregierung bittet um baldige Verabschiedung der Vorlagen. Ich sehe meine heutige Aufgabe darin, unter Vermeidung von Einzelerörterungen in großen Zügen die Politik zu entwickeln, die zu den Haager Vereinbarungen geführt hat und die Gründe darzulegen, warum die Reichsregierung die Annahme des neuen Planes für notwendig hält. Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung Befreiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Regelung der Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage in Aussicht genommen. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens um die Lösung der beiden Hauptfragen steht der feste Räumungstermin vom 30. Juni und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastenerleichterung und wesentliche Verbesserungen der politischen und finanziellen Lage mit sich bringt.

Was erreicht wurde

Die Aussprache eröffnete Abgeordneter Dr. Breitscheid (Sozialist). Kein vernünftiger Mensch werde leugnen können, so erklärte er, daß es in den letzten 10 Jahren vorwärts und aufwärts gegangen ist, und

daß wir eingerückt sind in die Linie der politischen Gleichberechtigung.

Die einzelnen Fortschritte sind geschmäht und beschimpft worden. Wo sachliche Argumente fehlten, setzte, wie beim Volksbegehren, die Lüge ein. Wir ringen nicht mit diesen Kreisen um die nationale Palme.

Unsere Politik des Ausgleichs und der Verständigung verlangt vielmehr größeren Heroismus.

Die These von der Alleinschuld Deutschlands haben wir niemals anerkannt. Wenn wir damals dem Versailler Diktat zustimmten, so geschah das nicht, weil wir es für gerecht hielten,

sondern weil es in jenem Augenblick für das deutsche Volk keinen anderen Weg gab.

Wir hegen an der Vollständigkeit und Endgültigkeit des Youngplanes sehr starke Zweifel. Es kann aber bei seiner ehrlichen Prüfung nicht geleugnet werden, daß er gegenüber dem Dawesplan eine Besserung bringt. Vor allem bringt er die Rheinlandräumung. Er hat gewiß viele große Mängel, aber der Reichsbankpräsident, der selbst mit verantwortlich für die vielfach unklare Abfassung des Gutachtens der Sachverständigen ist, hat kein Recht zur Kritik. Wir bedauern die Bestimmungen, die für den Fall einer Zerreißung des Youngplans getroffen sind, müssen aber aufs Schärfste dagegen protestieren, wenn daraus etwa das Recht zu einer neuen Rheinlandbesetzung hergeleitet werden sollte. Ein solches Recht besteht für Frankreich nicht.

Die Zustimmung zum deutsch-polnischen Abkommen fällt auch uns nicht leicht.

Aber wir müssen uns mit dem Polen wie es nun einmal besteht, abfinden. Wir sind mit dem Zentrum durchaus einverstanden damit, daß gleichzeitig mit dem Yougplan auch eine Klärung über die finanzielle Ordnung erfolgt. Selbstverständlich aber kann die vorherige Erledigung der Finanzgesetze nicht zur Voraussetzung für die Annahme des Youngplanes gemacht werden.

England beantragt Abschaffung der U-Boote

London Zu Beginn der Vollsitzung gab Ministerpräsident Macdonald als Vorsitzender bekannt, daß der erste Ausschuß seine Arbeiten nahezu abgeschlossen habe. Einige technische Fragen wurden einem Unterausschuß technischer Sachverständigen überwiesen, der seine Arbeiten inzwischen beendet hat. Der erste Ausschuß wird morgen zusammentreten und es besteht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß er einen Bericht über die Vereinigung der beiden Methoden der Abrüstung, Begrenzung der Gesamttonnage, die Begrenzung nach Schiffsklassen, sowie die Möglichkeit eines Transfers den Hauptdelegierten in aller Kürze erstattet. In der Vollsitzung sprach sodann als erster der 1. Lord der britischen Admiralität, Alexander, der mit sehr starkem Nachdruck für eine völlige Abschaffung der U-Boote eintrat. Er begründete diese Auffassung ausführlich.

Alexander wies darauf hin, daß seit 1918 im ganzen 570 Mann Besatzung ums Leben kamen. Den Wunsch Großbritanniens auf Abschaffung der U-Boote faßte der erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, in fünf Punkte zusammen:

1. Im allgemeinen Interesse der Menschlichkeit.
2. Im Hinblick darauf, daß diese Schiffe in erster Linie Offensivcharakter haben.
3. Ihre Abschaffung einen sehr wesentlichen Beitrag zur Abrüstung und zum Frieden bedeuten würde.
4. Bedeutende finanzielle Erleichterungen erzielt würden.
5. Die bisher übermäßigen Risiken mit deren Abschaffung beseitigt würden.

Staatssekretär Stimson begründete die amerikanische These für die Abschaffung der U-Boote vertraglich mit dem Kelloggpakt, sachlich in der Notwendigkeit der Verminderung der Offensivrüstungen und der Beseitigung der fürchterlichen Waffe, die die U-Boote in der Vergangenheit dargestellt haben.

Ueber den Standpunkt Frankreichs legte Leygues dar, die vollkommene Abschaffung aller Kriegsschiffe könnte den ständigen Fortschritten der technischen Entwicklung ein Ende machen. Wenn behauptet werde, daß das U-Boot nur gegen Handelsschiffe verwendet werden könnte, so habe die Geschichte des Krieges das Gegenteil bewiesen. Das U-Boot stellte nach französischer Auffassung ein Kriegsschiff wie jedes andere dar und habe einen ausgesprochenen defensiven Charakter, weshalb es gerade für kleinere Mächte unentbehrlich sei. Frankreich sei bereit, einem internationalen Abkommen beizutreten, das die Verwendung der U-Boote regelt. Zu diesem Zweck unterbreite die französische Abordnung folgende Entschließung: Frankreich schlägt die Einsetzung eines Ausschusses vor, der ein Abkommen ausarbeiten soll, durch das ein Angriff von U-Booten auf Handelsschiffe verboten wird, es sei denn, in genauer Uebereinstimmung mit den Regeln, die von den Ueberwasserschiffen entweder in der Gegenwart oder der Zukunft zu befolgen seien.

Der Beitritt aller Flottenmächte zu diesem Abkommen ist vorgesehen.

Der japanische Vertreter Wakatsuki erklärte, daß das U-Boot nicht nach dem beurteilt werden dürfe, was es tue, sondern nach dem, was es ist. Flugzeuge und andere technische Errungenschaften seien der gleichen mißbräuchlichen Verwendung unterworfen, wie U-Boote und Japan wünsche daher Beibehaltung für reine Verteidigungszwecke.

Der Führer der italienischen Delegation Grandi, trat weitgehend dem englischen Standpunkt bei. Italien sei bereit, sich an einer Entschließung für völlige Abschaffung der U-Boote zu beteiligen, weil es glaube, daß auf diesem Wege eine wirklich umfassende Abrüstung erzielt werden könnte.

Wien und Rom

Veröffentlichung des österreichisch-italienischen Freundschaftsvertrages am Mittwoch.

Wien. Die Blätter veröffentlichen am Mittwoch den Inhalt des Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages zwischen Oesterreich und Italien. Der Vertrag enthält die in den Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen üblichen Bestimmungen und läßt sich dahin charakterisieren, daß er in allen wesentlichen Punkten den bisher abgeschlossenen Verträgen dieser Art folgt. Er enthält auch keine wesentlichen Bestimmungen, die nicht schon in einem von Oesterreich abgeschlossenen Schieds- und Vergleichsvertrag enthalten wären. Der Vertrag wird als politischer Vertrag demnächst dem Nationalrat vorgelegt werden.

*

Wien. Die italienische Regierung hat die Einstellung der Liquidierung des österreichischen Eigentums verfügt. Nach dem Haager Uebereinkommen hätte die Liquidierung des österreichischen Eigentums mit der Ratifizierung des Uebereinkommens außer Kraft treten sollen, doch hat die italienische Regierung einem Wunsch der österreichischen Regierung entsprechend die sofortige Einstellung der Liquidierung angeordnet.



Der Sowjet-Gesandte in Mexiko verhaftet

Der bisherige sowjetrussische Gesandte in Mexiko, Alexander Makar, ist vor seiner Abreise aus Mexiko, die eine Folge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen war, in Veracruz unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an dem Attentat gegen den Präsidenten Ortiz Rubio verhaftet und einer genauen Leibesvisitation unterzogen worden. Auch sein diplomatisches Gepäck wurde trotz Protestes geöffnet und eingehend untersucht. Nach drei Stunden wurde Makar wieder freigelassen.

Friedensdemonstration oder baltischer Staatenbund?

Zum Besuch des estländischen Staaspräsidenten in Warschau.

Tage der Freude soll man nicht durch unliebsame Bemerkungen stören, und aus diesem Grunde haben wir es unterlassen, schon am Beginn der Friedensdemonstrationen den Besuch des estländischen Staatspräsidenten Dr. Strandmann in Warschau einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Getreu unserer prinzipiellen Einstellung zum Wiederaufbau des unabhängigen polnischen Staatswesens, sind wir der Ansicht, daß der Besuch und die Bedeutung der estnisch-polnischen Freundschaft weitaus übertrieben ist und der Friedenspolitik Polens weniger dienlich sein kann, weil sie einseitig die Freundschaft betont und andere Nachbarn Polens verschnupft. Wir wollen nicht einmal an Rußland nud Deutschland denken, die diesen Besuch Dr. Strandmanns als gegen die Beziehungen zu Polen betrachten müssen, sondern auch vom Gesichtspunkte, daß sowohl Lettland, als auch Finnland dieser Politik des baltischen Staatenbundes ablehnend gegenüberstehen. Und ein baltischer Staatenbund ist nur möglich, wenn sich die Randstaaten entschließen, sich den polnischen Bestrebungen anzugliedern, was für sie indessen die Feindschaft Rußlands nach sich ziehen müßte, dem sie letzten Endes ihre Unabhängigkeit verdanken. Wir wollen nicht untersuchen, wieweit dieser Besuch mit der Ostpolitik Polens in Einklang zu bringen ist, von welcher der Leiter der Ostabteilung im polnischen Auswärtigen Amt behauptet, daß sie keinerlei Tendenzen zur Isolierung Rußlands trägt und daß Polen das allergrößte Interesse daran hat, den heutigen Kurs in Rußland nicht zu stören, um nicht Mächte ans Ruder zu bringen, die den heutigen Zustand im Osten Polens nicht anerkennen und ein Großrußland im Sinne der früheren imperialistischen Ziele befürworten, also die Randstaaten, einschließlich Polen, als Glieder des kommenden großrussischen Staates betrachten. Wie alle Illusionen, so halten wir weltpolitisch auch diese Kombination für ausgeschlossen, aber sie muß die Idee selbst stärken, wenn man davon heute träumt, einen Bund zu schaffen, der gegen das kommunistische Rußland gerichtet ist. Gewiß hat der Besuch Dr. Strandmanns nur den freundschaftlichen Beziehungen dienen sollen, aber wie er sich politisch auswirken wird, darauf kommt es an. —

Wir möchten zunächst die Tatsache unterstreichen, was man historisch gern ungesehen betrachten möchte, das ist der Sieg der deutschen Armee über die russische Soldatenwalze, die zu Beginn des Weltkrieges weit nach dem Westen vorstieß und nie eine Unabhängigkeit der Randstaaten bewerkstelligen konnte. Erst der deutsche Soldat hat diese Un-

abhängigkeit ermöglicht, als das russische Heer geschlagen wurde, die Revolution zur Folge hatte und so auch durch die Bolschewisten die Unabhängigkeit der Randstaaten gewährleistet hat, nachdem es den Bolschewisten nicht mehr gelungen ist, diese Staaten in die russische Sowjetrepublik einzubeziehen. Lettland und Finnland haben bereits ihre Aussöhnung mit Rußland vollzogen und Estland hat diese Politik mitgemacht, denn selbst heute ist Rußland stark genug, wenn es will, diese Staaten einfach zu überrennen, sie wieder seinem Willen untertan zu machen. Es hütet sich, diese Politik zu betreiben, weil dies naturgemäß einen zweiten Weltkrieg nach sich ziehen müßte und dieser Aufgabe fühlt sich Moskau noch nicht gewachsen. Und wenn man heute noch davon träumt, gegen Rußland einen baltischen Staatenbund zu bilden, so bedeutet dies nichts anderes, als Rußland zu veranlassen, die Randstaaten als gegen sich gerichtet zu betrachten. Der russische Botschafter, der erst in den letzten Tagen bei Moscicki sein Anerkennungsschreiben überreicht hat, hat es auch vorgezogen, den großen Feierlichkeiten anläßlich des estländischen Besuches fernzubleiben und ist nach Moskau zur Berichterstattung gereist.

Wir wissen aus der letzten Rede des polnischen Außenministers Zaleski, daß die Beziehungen zu Rußland nicht besser werden, und wir sind der Ansicht, daß der Besuch Strandmanns nicht dazu beigetragen hat, sie zu entspannen. Und so löst die Festigung der Freundschaft zu Estland, die verschärfte Feindschaft Rußlands aus, welches die ganze Friedensdemonstration als gegen sich gerichtet betrachten muß. Um die gleiche Zeit hat man auch den zehnjährigen Zugang Polens zum Meere gefeiert und die Reden, die anläßlich dieser Feiern gehalten worden sind, waren alles andere, als von der Entspannung des feindlichen Verhältnisses zu Deutschland getragen. Dabei mag es noch leidlich zu ertragen sein, wenn die kriegerische Jugend die polnischen Fahnen nach Königsberg, Danzig und Polen tragen wollte. Aber diese Temperaturausbrüche zeigen, daß der außenpolitische Leiter, Herr Zaleski, sehr wenig mit der Stimmung seines Landes rechnet, wenn er von den deutsch-polnischen Beziehungen spricht. Jene psychologischen Momente sind es eben, die diese „Feindschaft“, nicht „Freundschaft“, gefährden und nicht, wie man meint, fördern.

Die Schaffung eines baltischen Bundes unter stillschweigender Duldung der skandinavischen Staaten ist ein altes Ideal der polnischen Ostpolitik, nur stehen ihr Finnland und auch Litauen im Wege. Schweden hat in den letzten Monaten enge Beziehungen zu Estland angeknüpft, und auf diese Freundschaft pocht man ein wenig zu sehr. denn man vergißt, daß sich solche „Freundschaftsbeziehungen“ nie gegen Rußland richten dürfen, was durch einen baltischen Staatenbund zweifellos beabsichtigt wird, selbst, wenn man diesen baltischen Bund nur als Selbsterhaltungszweck bezeichnet. Die Idee der Interessengemeinschaft aller Ostseestaaten wird nicht dadurch gefördert, daß man Polen und Schweden als die Grundfeiler der Friedenspolitik im Osten Europas bezeichnet. Denn diese Tendenz ist nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen Deutschland gerichtet und es ist vermessen genug, zu glauben, daß man eine Friedenspolitik im Osten treiben kann und als selbstverständlich annimmt, daß sich die großen wirtschaftlich starken Nachbarn einfach dieser Tendenz zu unterordnen haben. Eine Friedenspolitik im Osten Europas ist nur möglich, wenn man Rußland und Deutschland in diese Politik mit einbezieht und dann verlieren solche Staatsbesuche, wie der Strandmanns in Warschau, völlig an Bedeutung. Man vergleiche nur die Bevölkerungsziffern der Nachbarn dieser Art „Baltischen Bunds“, gegenüber den Bevölkerungszahlen Rußlands und Deutschlands, und man erwäge die Gegensätze wirtschaftlich-politischer Natur, die einem Ausgleich, gerade Polen gegenüber, im Wege stehen, und man wird bald das Illusionäre dieser „Freundschaftspolitik“ herausfinden.

Der estnische Staatspräsident war lange genug Vertreter seines Staates in Polen und müßte wissen, wie sehr seine Politik im Gegensatz zu den Bestrebungen des damaligen Außenministers Meierowicz stand. Und auch sein heutiger Besuch soll sich keinerlei Täuschungen hingeben, denn er wird nicht von allen Kreisen Estlands geteilt, wenn wir auch zugeben wollen, daß er in Polen Freunde von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken findet, die Kommunisten natürlich ausgeschlossen. Streicht man die politischen Gefühle ab, die allen diesen Feierlichkeiten nachhinken, so wird man kaum betonen können, daß der Besuch des estländischen Staatspräsidenten für Polen eine besondere Bedeutung hat. Es ist ja der Gegenbesuch des polnischen Staatspräsidenten Moscicki nach Estland geplant, und wir begrüßen diesen Besuch, damit sich der polnische Staatspräsident davon überzeugen kann, wie die estnische Regierung es verstanden hat, mit seinen Minderheiten einen Ausgleich zu schaffen. Vielleicht bringt uns Herr Moscicki einige Anregungen von dort und versucht auf die maßgebenden Faktoren dahin seinen Einfluß geltend zu machen, daß man nicht nur Vergleiche und Freundschaften, sondern auch eine gleichgeartete Politik im Staate selbst betreibt. Und dann werden die Minderheiten Polens erst erkennen, welche Bedeutung solchen Freundschaftsbesuchen zukommt.

Einstweilen bleibt es angebracht, diesem Besuch recht kritisch gegenüber zu stehen, da er gefühlsmäßig über einige freundliche Reden nicht hinaus kann und vor allem muß abgewartet werden, welches Echo der Staatsbesuch Dr. Strandmanns in Estland selbst und dann in Lettland und Finnland nach sich ziehen wird. Schweden wird ja die bisherige Reserve aufrechterhalten und schon mit Rücksicht auf Rußland, sich nicht als Grundpfeiler der Osteuropapolitik betrachten, weil solch eine Freundschaft alles andere, nur nicht friedensfördernd wirken kann. Mögen noch so viele Beteuerungen ertönen, daß damit keine Demonstration gegen Moskau beabsichtigt war, dort wird man diesen Freundschaftsbesuch ganz anders notieren, als man ihn in Warschau auslegt und das ist entscheidend für die Friedensbestrebungen Polens gegenüber seinen Nachbarn. Auf Berlin braucht man zunächst keine Rücksicht zu nehmen, wenn man auch mit einem gewissen Behagen jede Notiz verzeichnet, die diesen polnisch-estnischen Besuch kritisch beleuchtet. Von der Friedensdemonstration zur praktischen Auswirkung ist ein weiter Weg und wenn man jeden Staatsbesuch aus dem Auslande als einen Erfolg der polnischen Außenpolitik buchen will, so hat allerdings auch diesmal Zaleski einen weiteren Sieg erfochten. —ll.

Arbeitslosen-Unruhen in Cleveland

Neuyork. 1500 Arbeitslose stürmten am Dienstag das Rathaus in Cleveland im Staate Ohio. Nachdem die gesamte Polizeimacht der Stadt eingesetzt war, konnte der Aufruhr niedergeschlagen werden. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Verletzte.

Der Besuch des estländischen Staatspräsidenten in Warschau



wird von der polnischen Regierung und von der gesamten Oeffentlichkeit Polens in größtem Stile gefeiert und in seiner politischen Bedeutung außerordentlich betont. Eine der ersten Staatsvisiten, die Präsident Dr. Strandmann machte, war die beim Marschall Pilsudski (in der Mitte in heller Uniform — neben ihm in Zivil der estländische Staatspräsident).

Regierungskrise in Sachsen

Bevorstehende Auflösung der bisherigen Koalition.

Dresden. Nachdem in der Dienstag-Sitzung des interfraktionellen Ausschusses die Deutschnationalen die Erklärung abgegeben haben, daß sie dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Bünger zustimmen würden und nachdem nun auch noch die Nationalsozialisten durch einen Mißtrauensantrag der Regierung ihre Gefolgschaft aufkündigten, ist mit der Auflösung der bisherigen Regierungskoalition und dem Sturz des Kabinetts Bünger bestimmt zu rechnen. Die Entscheidung wird in der Landtagssitzung am nächsten Dienstag erfolgen.



Ein Frankfurter Gelehrter verschwunden

Der Direktor des Archäologischen Instituts in Frankfurt am Main, Professor Dr. Drexel, ist von einem am 8. Februar unternommenen Spaziergange nicht zurückgekehrt. Da für sein Verschwinden keine Erklärung persönlicher oder sachlicher Art zu finden ist, so befürchtet man, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Niederlage der französischen Regierung

Paris. In der Finanzkommission der Kammer erlitt die Regierung Dienstag nachmittag eine überraschende Schlappe, die vielleicht noch ernstere Folgen für sie haben kann. Es handelt sich um die Beschlußfassung über Rentenzahlungen an ausgediente Soldaten. Die Finanzkommission hatte vorgeschlagen, den 50jährigen eine jährliche Rente von 500 Franken und den 55jährigen eine solche von 1200 Franken zuzuerkennen. Der Gegenvorschlag der Regierung sah eine Rente von 500 Franken für die 55jährigen und von 1200 Franken für die 60-jährigen vor. Bei der Abstimmung blieb die Regierung mit 36 gegen 3 Stimmen in der Minderheit.

Verschärfung der südslawisch-italienischen Beziehungen?

Agram. Die Meldung von dem Anschlag auf die Redaktion des „Popolo di Trieste“ hat hier einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, da man annimmt, daß Italien den Vorfall zum Anlaß eines heftigen Feldzuges gegen Südslawien benutzen werde. „Nowosti“ nimmt zu dem Anschlag in einem Leitartikel Stellung und erklärt, Italien werde wohl jetzt die Mörder des Redakteurs Toni Schlegels ausliefern, da es nunmehr ein ähnliches Verbrechen am eigenen Leibe erfahren habe, wie es an Schlegel verübt worden sei.

*

Rom. Die Hintergründe des Bombenanschlages gegen die Redaktion des „Popolo di Trieste“ sind noch ungeklärt. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen und verdächtige Flugschriften beschlagnahmt. Ueber das Ergebnis der Untersuchung ist eine Mitteilung bisher nicht erfolgt. Dem verletzten Redakteur mußten beide Beine amputiert werden. Sein Zustand ist besorgniserregend. Die Zeitung ist trotz der Explosion erschienen.

Der estländische Staatsälteste auf der Rückreise

Riga. Planmäßig traf der estländische Staatsälteste auf der Rückreise aus Polen am Dienstag um 19 Uhr in Riga ein. Auf dem Bahnhof wurde er vom lettländischen Staatspräsidenten Semgal und von zahlreichen Mitgliedern der Regierung und des diplomatischen Korps empfangen. Zu Ehren des Staatsältesten fand im Rigaer Schloß ein Festessen statt.

Schlägerei zwischen Kommunisten und streikenden Arbeitern

Neuyork. In einer blutigen Schlägerei zwischen Kommunisten und streikenden Arbeitern des Bekleidungsgewerbes, wurde eine Person getötet und mehrere wurden schwer verletzt. Die Polizei verhaftete mehr als 20 Unruhestifter.

Der Sowjetgesandte aus Mexiko abgereist

Neuyork. Wie aus Veracruz gemeldet wird, ist der Sowjetgesandte Makar an Bord des französische Dampfers „La Bordelaise“ abgereist. Bevor er an Bord ging, empfing er noch die mexikanischen Kommunistenführer, lehnte aber eine Erklärung darüber ab, ob Staatsdokumente aus seinem Diplomatengepäck beschlagnahmt worden seien.

Wilkins lebt

Berlin. Nachdem man 14 Tage lang ohne jegliche Nachricht von dem bekannten englischen Polarforscher Wilkins war, ist es, wie Berliner Blätter aus Neuyork melden, nunmehr einem Walfischfänger gelungen, wieder in drahtlose Verbindung mit dem Schiff „William Scoresby“ zu treten. Wie aufgefangene Funksprüche von der Expeditionsbasis auf der Deception-Insel besagen, befand sich die „William Scoresby“ südlich dieser Insel im Treibeis. Wilkins beabsichtigt mit der an Bord des Schiffes befindlichen Maschine einen Flug über den Südpol anzutreten.

Die deutschen Delegierten zur Zollfriedenskonferenz

Am 17. Februar beginnt in Genf die Zollfriedenskonferenz des Völkerbundes. Das Reichskabinett hat dazu beschlossen, als Hauptdelegierte den Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsernährungsminister Dietrich, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg und den früheren Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, dessen reiche Kenntnisse auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik fruchtbar gemacht werden sollen, nach Genf zu entsenden.



Die Trockenlegung der Zuidersee

hat am 10. Februar mit der Inbetriebnahme der riesigen Pumpwerke bei Den Oever und Medemblik begonnen, die den 20 000 Hektar großen Nordwest-Polder als erstes der vier Entwässerungsgebiete in sieben bis acht Monaten trockenlegen sollen

Polnisch-Schlesien

Deutsche Wahlgemeinschaft gegen deutsche Sozialisten

In Myslowitz ist eine Gemeinheit geschehen, wie wir sie seit der Uebernahme des östlichen Teiles Oberschlesiens durch Polen noch nicht erlebt haben. Sie ist um so gröer, als hier die deutschen Arbeiter gegen Recht und Gesetz, und zwar mit Hilfe der Stimmen der deutschen Wahlgemeinschaft, aus den Wahlreklamationskommissionen entfernt wurden. Der Sachverhalt war kurz folgender:

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Obremba hatte für den 6. Februar eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen. Diese Sitzung hat u. a. die Vertreter von den einzelnen Parteien, die sich an den Kommunalwahlen beteiligen, und ihre Kandidaturlisten für die Beschwerdekommission vorgeschlagen haben, gewählt. Nachdem sich jedoch an den Kommunalwahlen 8 Wahlgruppen beteiligen und in jede Beschwerdekommission nur 6 Vertreter gewählt werden konnten, war die Stadtverordnetenversammlung nicht in der Lage, alle eingereichten Kandidaten zu berücksichtigen. Es wurde abgestimmt und die Abstimmung hat folgendes Resultat gezeitigt: Deutsche Wahlgemeinschaft erhielt 20 Vertreter, DSAP. 10, Korfantygruppe 10, PPS. 10 und die NPR. 10 Vertreter. Die Sanacja ging leer aus, desgleichen die Biniszkiewiczianer und die Kustosgruppe.

Das ist am 6. Februar geschehen und am 7. Februar hat der Stadtverordnetenvorsteher in aller Eile eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einberufen. Die Presse wurde von der außerordentlichen Sitzung nicht verständigt. Als Beratungsgegenstand stand ein einziger Punkt auf der Tagesordnung: Wahl der Reklamationskommissionen für die Stadtverordnetenwahlen. Der Stadtverordnetenvorsteher begründete die Einberufung der außerordentlichen Sitzung damit, daß in der ordentlichen Sitzung bei der Wahl der Beschwerdekommission eine der größten Wahlgruppen, nämlich die Sanacjarichtung, übersehen wurde und dieses „Unrecht" mußte gutgemacht werden. Er schlug vor, den gestrigen Beschluß aufzuheben und die Wahl der Vertreter für die Beschwerdekommission erneut vorzunehmen. Mit Stimmenmehrheit wurde der Vorschlag angenommen. Dagegen stimmte nur die PPS. und einige Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft enthielten sich der Stimme. Dann wurde erneut über die Kandidatenliste abgestimmt. Gegen die Sanacjaliste stimmte die PPS., und einige Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft enthielten sich der Stimme. Die große Mehrheit der Deutschen stimmte dafür. Echte „Rassedeutsche" stimmten für die Sanacja. Da können schon ein Pant und Jankowski auf ihre Myslowitzer „Rassendeutschen" stolz sein. Weiter wurde über die einzelnen Kandidatenlisten abgestimmt. Die Liste der DSAP. erhielt die Stimmen der PPS.-Genossen und selbstverständlich des Genossen Lipus. Wiederum stimmte die Deutsche Wahlgemeinschaft bei einigen Stimmenthaltungen zusammen mit den polnischen Nationalisten gegen die Liste der deutschen Sozialisten. Damit war die Komödie erledigt. Die deutschen Sozialisten wurden mit Hilfe der „Jammer-Deutschen" aus den Beschwerdekommissionen hinausgewählt. Nur die Schande ist noch geblieben und die wird für alle Ewigkeiten unauslöschlich bleiben und das „Christen-Deutschtum" belasten.

Rumun hat seine Freude, und er hat auch triumphierend verkündet, was wir anfangs gar nicht glauben wollten, daß die Deutschen die anfangs begangene Dummheit gutgemacht haben. Das war aber bereits die Dummheit Nr. 2, wenn man schon über eine Dummheit reden will. Was die Dummheit anbetrifft, so fallen die Myslowitzer „Rassendeutschen", vom Schlage Figel, Koniarek, Krolik, und wie sie alle heißen mögen, von einer Dummheit in die andere, und ihre ganze „Kommunalpolitik" ist eine große unüberwindliche Dummheit, wie man sie sich überhaupt nicht ärger vorstellen kann. Rumun kann wirklich an einem **solchen** „Rassendeutschtum" seine Freude haben, **aber wir beneiden ihn nicht darum.** So lange das jetzige Myslowitzer Parlament besteht, kam noch kein einziger vernünftiger Antrag, keine vernünftige Anregung von der Deutschen Wahlgemeinschaft zum Vorschein, denn jedesmal handelte es sich nur um persönliche Vorteile, um die Stadtarbeiten, um die ein förmliches Wettrennen veranstaltet wurde. Der eine „Rassendeutsche" baut Hallen auf der Viehzentrale, die ihm dann zusammenstürzen, der andere führt die Erdarbeiten aus, ein anderer legt die Kabel, wieder ein anderer macht die Schlosserarbeiten, dann gibt es Renovierungsarbeiten, und alle zusammenbuhlen um die Gunst des Bürgermeisters, gleichgültig, ob er Karczewski, Kudera oder sonst wie heißt. Geht es aber um die Unterstützung für die Ortsarmen oder um kleine Remunerationen für Arbeiter und Beamte, dann stimmt diese Sippschaft geschlossen dagegen. Wir werden noch Gelegenheit haben, mit diesen „Rassendeutschen" ein Wörtchen zu reden. Die deutschen Arbeiter und Beamten in Myslowitz sollen sich aber die Wahlgemeinschaft näher ansehen, bevor sie am Wahltage für sie stimmen werden.

5-prozent. Lohnerhöhung in der Schwerindustrie

Die für Freitag, den 7. d. Mts., vorgesehene Schlichtungsausschuß-Verhandlung wurde vertagt, da der Arbeitgeberverband durch einen Vertreter persönlich beim Arbeitsministerium in Warschau den Antrag auf Allgemein-Verbindlichkeitserklärung des Abkommens, welches der Arbeitgeberverband mit dem Z. Z. P. U. getroffen hatte, stellte. Auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände begaben sich nach Warschau, um Einspruch gegen diesen Antrag zu erheben. Daraufhin erfolgte erneute Terminansetzung des Schlichtungsausschusses für Dienstag, den 11. d. Mts. Es kam folgender Schiedsspruch zustande:

„Die ab 1. März 1929 geltenden Gehälter und Sozialzulagen werden um 5 Prozent erhöht. Diese Regelung hat Geltung ab 1. Februar 1930 bis zum 30. April 1931 und kann frühestens 3 Monate vor Ablauf des 30. April, das ist der 1. Februar 1931, gekündigt werden."

Ein Loch in der Paßmauer

In dem Amtsblatt wird demnächst eine Verordnung erscheinen, die sich auf die Paßerleichterungen beziehen wird. Nach dieser Verordnung wird künftighin ein Auslandspaß für eine einmalige Auslandsreise nicht mehr 250 sondern 100 Zloty kosten. Für mehrere Auslandsreisen erhöhen sich die Paßgebühren auf 250 Zloty. Dann gibt es noch einige Paßerleichterungen, und zwar in Handelsangelegenheit wurden die Paßgebühren auf 25 Zloty festgesetzt, bei mehrmaliger Auslandsreise auf 150 Zloty. Pässe für Kurzwecke wurden mit 20 Zloty festgesetzt. Auswanderer erhalten die Pässe unentgeltlich. Die neue Verordnung tritt am 25. Februar in Kraft.

Auf der Wetterwarte der Zeit

Antwort eines jungen, denkenden Arbeiters

Jede Bewegung hat schwerere und leichtere Krisen zu überwinden, und mehr denn je treten sie gerade in unserem Zeitalter in Erscheinung. Die Bewegung wird natürlich dann auf irgend welche Art Abhilfe zu schaffen suchen. Dies tat nun auch ganz auf seine Art der „Verband deutscher Katholiken", indem er den „Seelsorger" Pater Eymael zu uns bestellte, denn wahrhaft große Aufgaben sind bei uns zu erfüllen. Völker, Proletariat und Sozialismus das sind Begriffe, welche bei dieser großen Mission im Vordergrund stehen.

Drei, dieser „imposanten Kundgebungen" sind nun vorüber. Dreimal bestieg Pater Eymael die Tribüne, um zu einer Hörerschaft zu reden. „Begeisterte Volksmassen" nennt man sie. Am ersten Tage hat man den Beifall bis auf die Straße hören können, viele klatschten deshalb, daß es eben Schluß war. Einem Clown kann diese Art Dank Freude bereiten. Da aber unser Pater Eymael ein gottesfürchtiger Mensch ist, so wünschte er für das nächste Mal nur ein herzliches „Gott vergelts". Wie es auch sein mag. Daraus hat doch wohl niemand den Eindruck gewinnen können, daß glühende Begeisterung die Massen beherrschte. Der „Kurier" leistet sich manche „Weisheit". Er glaubt bestimmt auf der Wetterwarte der oberste „Wetterprophet" zu sein, und prophezeit in seiner Kritik Dinge, an die P. Eymael nicht gedacht hat. Gewiß kann geleugnet werden, daß so manchen guten Christ eine Begeisterung hinriß. Viele haben das empfunden. Leider darf man an Ort und Stelle den Gefühlen nicht Ausdruck verleihen. Der „Kurier" sagt zu der Rede: „Kein Sozialist hätte nach diesem Vortrag die Stimme zur Kritik erheben können". Er hat einmal recht, weil es eine Diskussion nicht gegeben hat. Hoffentlich wird sie nach dem letzten Vortrag freigegeben. Unannehmlichkeiten gehen wir aus dem Wege und Aergernis erregen wir auch nicht gern. Angst haben wir nicht, denn die Verbrennung der Ketzer waren im Mittelalter ein Mittel zum Zweck.

Und nun zu Pater Eymael! Er spricht recht viel von der kranken Volksseele, vom Proletariat und seiner Not und allen daraus entstehenden Lebensgreueln. Oft recht liebe, warme Worte über Familiennot, Seelenlosigkeit, Gottlosigkeit und zeigt, wie die blinde Menschheit dem sicheren Verderben entgegenrennt. Die Gefahr der Geburtenbeschränkung wird heraufbeschworen und das Proletariat fühlt sich dabei wohl. Grau auf grau, unheimlich düster liegt die Zukunft vor uns. Am schwärzesten malt er die Zukunft des Wiener Proletariats. Wien, das „rote Wien", das „Wien des Klassenkampfes und Klassenhasses". Wie bedauernswert diese Stadt ist. Ohne Glück und ohne Frieden! Ruhelos, unterernährt und übernervös hetzt der Mensch dort durch das Leben, nach Ruhe und Frieden lechzend. Und dann kommt immer wieder die letzte Verzweiflungstat, der Freitod. Stadt der Unzucht, Sünde und Selbstmörder. — — —

O, bittre Ironie! Hier liegt Dantes „Göttliche Komödie" voll und ganz auf seiten des Redners.

Nein, lieber Pater Eymael! Es mag Dir zwar etwas bitter vorkommen, daß schon unsere Jüngsten, die Kinderfreunde, zu tausenden den Weg des Lichtes wandeln, daß schon abertausende von sozialistischen Familien glücklicher denn je leben. Und wenn die Gottlosigkeit chronisch wird, dann zieht anstatt des Teufels das wahre Menschentum hinein. Nicht im Kampf gegen einen Gott, nein, aber kämpfend gegen das Unrecht dieser Welt, mit der Parole „Der Mensch ist gut!". Das ist keine Sünde, das ist kein teuflisches Sinnen! Das ist der Emanzipationskampf des Proletariats.

Wir haben Wien anders gesehen. Wir haben uns in dieser Stadt die glücklichsten Stunden unseres Lebens zu Eigen gemacht. Wir sind voll Begeisterung für das lachende, freundliche Wiener Volk. Weit hinaus über alle Landesgrenzen Europas haben wir Kunde getragen und Grüße gebracht von einem glücklichen Volke, welches glücklich ist, obwohl „falsche Propheten" in Hülle und Fülle an den Grundfesten dieser Burg rütteln. Und „Dämon Alkohol" in **Wien**? Na, ich für meinen **Teil**, hasse **die** Lüge. Aber wie unendlich reich könnten wir Jungens und Mädchen uns fühlen, würden die Väter des katholischen Oberschlesiens auch wenigstens nur das Doppelte dem Schnapsteufel zusagen, als die Väter des sozialistischen Wiens. Und hier an dieser Stelle, die eine Tatsache. Dann würde auch bei uns in der Heimat vielleicht die „entsetzliche Tatsache" wahr werden, daß durch Geburtenrückgang unser Volk ein freieres, fröhlicheres werden könnte.

Die Gegensätze sind groß! Hier teilen sich unsere Meinungen entschieden. Auf der einen Seite ein geweihter Mund, auf der anderen ein jugendlicher, offener „Sünder!"

Eine Meinung kann nur wahr sein! Weltgewissen, entscheide Du! — — — —

Nun möchte ich Dir, P. Eymael noch einige Fragen beantworten. Du hast gefragt die zweitausend Zuhörer mit eindringlicher Stimme: „Wer hat am meisten getan für die vielen Sterbenden, Kranken und Krüppel, für das bittere Unglück im Volke?" Das waren die durch die Bischöfe gesegneten Kanonen des Weltkrieges, die geweihten Bajonette im Dienste des Hasses. „Wer hat am meisten getan für die Armen und Bedrückten als die, die da sagen: „Eher wird ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, als ein Reicher in den Himmel?" „Wer hat am meisten für das Proletariat getan, als diejenigen, die da sagen: „Vorenthaltung oder Entziehung des Tageslohnes ist eine schwere Todsünde?" „Und wer hat mehr für das Gute der Menschheit getan, als diejenigen, die da sagen: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst?" Schöne, herrliche Ideale. Es steht aber auch geschrieben: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen", nicht aber an ihren Worten.

Nun am Schluß möchte ich nicht mißverstanden werden in meiner scharfen Kritik. Was euch heilig ist, war uns auch einmal heilig gewesen.

Jahre sind seither verstrichen! Die Zeit hat vieles, ja fast alles hinweggewischt. Rohe Erkenntnis hat alles abgelöst und das Schicksal hat inzwischen rauhe Melodien gespielt. Wahre Lebensbejahung, wahre Liebe, wir finden sie nicht. Das Empfinden, daß das Fest der Liebe im Zeichen von Haß und Verleumdung begangen wird, daß „Friede auf Erden" gepredigt wurde, während man Mordwaffen im Weltkriege segnete, hat alles übernatürliche Empfinden grausam zerstört. Vier Jahre lang dröhnten die Schlachtfelder. Um einen „gerechten" Frieden zu erreichen, mordeten sich 10 Millionen Menschen gegenseitig nieder. O, bittre Unkenntnis! Wie konnten die Todesschreie qualvoll verblutender Individuen der Menschheit Erlösung bringen? Und auch während dieser Zeit läuteten die Glocken: Friede auf Erden. Sie läuteten uns und dem Feinde, wie dem Deutschen so dem Franzosen, dem Russen wie dem Engländer.

Die Glocken haben Lüge geläutet, denn sie läuteten Frieden auf Erden, und kurz darauf läuteten sie neue Siege aus, daß Tausende und Abertausende von Menschen abgeschlachtet wurden.

Parallel damit tobt noch brutaler und ohne Unterbrechung das „Schlachtfeld des Lebens". Von da aus rufen täglich Tausende und Abertausende in dumpfer Verzweiflung nach dem Erlöser. Wenn nun unsere Schicksalsschreie immer und immer wieder ergebnislos verhallen, sollen wir immer nur hoffen? Wie lange noch? — — —

„Volk erkenne, der Erlöser bist du selber. Ein zweiter Christus wird auferstehen, wenn du nur stark genug bist, dir selbst zu vertrauen. Ein Erlöser, welcher nicht mehr zu monopolisieren sein wird, denn umsonst ist das große Opfer des großen Nazareners gewesen! Zerstört ist das große Werk! Zerstört von denen, welche seine Feinde waren, die ihn an das Kreuz geschlagen, und auch der Menschheit den bitteren Leidensweg zur „Schädelstätte Golgathas" nicht erspart haben.

Die Menschheit wird ans Kreuz geheftet, aber die Glocken rufen weiter:

Friede den Menschen **auf** Erden! K. O.

Hüttensyndikat, Regierung u. Herr Gallot

Wo liegt die Wahrheit? — Was wird aus den Arbeiterreduzierungen werden?

In der vorigen Woche brachten wir einen Bericht über die bevorstehenden Reduzierungen in den schlesischen Eisenhütten. Nach diesem Bericht soll jeden Monat 5 Prozent der Belegschaften in den einzelnen Eisenhütten zur Entlassung gelangen. 5 Prozent der Belegschaft, das macht ungefähr 1600 Arbeiter aus, die auf die Straße gesetzt werden sollen. Doch dürfen die Hütten größere Arbeiterreduzierungen nicht ohne Zustimmung des Demobilmachungskommissars vornehmen. In unserem Bericht war auch zu lesen, daß die Arbeiterentlassungen mit Wissen und Zustimmung des Demobilmachungskommissars Gallot erfolgen werden. Unser Bericht stützte sich auf ein Kommunikat der Telegraphenagentur „PAP." (Polska Ajencja Publicystyczna).

Wir waren nicht die Einzigen, die die Meldung der genannten Agentur zur Veröffentlichung gebracht haben. Sie wurde von der Warschauer Presse veröffentlicht. In Polnisch-Oberschlesien hat der „Kurjer Slonski" diese Meldung ebenfalls veröffentlicht. Wie sich dann nachträglich herausgestellt hat, stammte die Meldung von dem schlesischen Hüttensyndikat, also aus einer authentischen Quelle. Bis dahin war alles in Ordnung und wir hatten keine Ursache, an der Richtigkeit dieser Meldung zu zweifeln.

Die gestrige „Polska Zachodnia" regt sich aber über unseren Artikel furchtbar auf und behauptet, daß alles nicht wahr sei, was wir berichtet haben. Gewiß, wird nicht behauptet, daß die Reduzierungen nicht bevorstehen, sondern es wird bestritten, daß der Kommissar Gallot zu den bevorstehenden Reduzierungen seine Zustimmung erteilt hat. Aller Voraussicht nach hat den Artikel in der „Polska Zachodnia" der Demobilmachungskommissar Gallot veröffentlicht, bezw. inspiriert, denn dort wurde dieselbe Anschauung ausgesprochen, wie wir sie von Herrn Gallot in der letzten Betriebsrätekonferenz gehört haben.

Die „Polska Zachodnia" behauptet ganz ernsthaft, daß der Demobilmachungskommissar seine Zustimmung zu den bevorstehenden Arbeiterreduzierungen nicht gegeben hat, daß er vielmehr nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß vor jeder Reduzierung zuerst der Betriebsrat befragt werden muß. Ein solcher Standpunkt wäre grundsätzlich zu billigen, doch haben wir hier zwei grundverschiedene Behauptungen, die sich gegenseitig ausschließen. Das Hüttensyndikat behauptet, daß der Demobilmachungskommissar seine Zustimmung erteilt hat, die „Polska Zachodnia" behauptet, daß das nicht der Fall ist. Wo liegt die Wahrheit und was ist nun richtig?

Wir wollen glauben, daß der Demobilmachungskommissar seine Zustimmung nicht erteilt hat, denn das, was in der „Polska Zachodnia" über diesen Fall gesagt wurde, deckt sich mit den Erklärungen des Demobilmachungskommissars, die er in der Betriebsrätekonferenz in der vorigen Woche abgegeben hat. Dann verbreitet aber das Hüttensyndikat unwahre Nachrichten, kompromittiert Regierungsorgane und will sich hinter den Rücken der Behörden verstecken.

Wir sind der Meinung, daß dieser Fall aufgeklärt werden muß und nachdem der Demobilmachungskommissar Gallot in diesem Falle am meisten interessiert ist, da er in dem Kommunikat erwähnt wurde, so wird er die Sache nicht auf sich beruhen lassen können, sondern muß ihr nachgehen und sie restlos aufklären. Handelt es sich doch hier um keine Kleinigkeit, da bei der geplanten Reduzierung tausende von Familienvätern in Frage kommen. Wir warten also auf eine Erklärung des Herrn Demobilmachungskommissars Gallot.

Kampf zwischen Oberst und General

Vor kurzer Zeit wurde, wie dies schon in vielen Krankenkassen der Fall gewesen ist, ein Oberst namens Hertel zum Kommissar der Krankenkasse in Wilna ernannt. Nach dem Muster der anderen Sancja-Kommissare hat auch Oberst Hertel als seine erste Aufgabe die Durchführung der Reorganisation betrachtet.

So wies er dem Chefarzt der Krankenkasse Dr. Klot an, einen Plan zur Reorganisation des Heilwesens der Krankenkasse anzufertigen, für welche Arbeit er dem Chefarzt ganz nach Oberstenart eine Frist von 24 Stunden gab. Dr. Klot, dem das von völliger Unkenntnis des Krankenwesens zeugende Verlangen des Obersten lächerlich erschien, gab dem allzu energischen Kommissar zur Antwort, daß er schon seit zwei Jahren an der Reorganisation des Heilwesens arbeite und daß es ganz ausgeschlossen sei, diese Arbeit nur in 24 Stunden zu beenden. Der Herr Oberst gab dem Chefarzt nun eine Frist von 48 Stunden; doch hat dieser auch nach Ablauf dieser Zeit den Reorganisationsplan nicht vorgelegt. Es entstand nun zwischen dem neugebackenen Kommissar und dem langjährigen Chefarzt der Krankenkasse ein Streit. Dieser Streit nahm immer schärfere Formen an, da Oberst Hertel sich als Vorgesetzter Dr. Klots aufspielte.

Nun ist aber Dr. Klot General in Emeritur und als solcher ist es ihm gestattet, bei feierlichenn Anlässen die Generalsuniform anzulegen. Oberst Hertel wußte nichts von dem Generalsrang seines Chefarztes. Kürzlich fand nun in Wilna eine staatliche Feier statt, zu der Dr. Klot in Uniform erschienen war. Bald nach Dr. Klot erschien auch Oberst Hertel. Sein Gesicht soll gerade keinen sehr sinnreichen Ausdruck angenommen haben, als er seinen Untergebenen in Generalsuniform vor sich sah und vor ihm stramm stehen mußte. Dr. Klot ließ mit sichtlicher Schadenfreude den Obersten absichtlich einige Zeit vor sich in strammer Haltung stehen ehe er abwinkte. Dieser Vorfall hat selbstverständlich großes Aufsehen erregt und es fehlte nicht an witzigen Bemerkungen an die Adresse des Obersten-Kommissars. Dr. Klot machte sich darauf noch öfters den Spaß, indem er nach der Krankenkasse in Uniform erschien, wodurch er den Herren Kommissar zur Abgabe der Honneurs zwang.

Da aber unter solchen Verhältnissen ein Zusammenarbeiten nicht möglich war, trat Dr. Klot zurück und reichte seine Demission ein.

Streitsachen vor dem Kreis-Gewerbegericht

Im vergangenen Jahre kamen insgesamt 185 Streitsachen, und zwar 183 Eingaben seitens der Arbeitnehmer und in 2 Fällen seitens der Arbeitgeber zur Entscheidung. Zur Erledigung gelangten: 8 Streitsachen durch Anerkennungsurteil, 9 durch Versäumnisurteil, 11 Streitsachen durch inzwischen erfolgte Einigung, 69 durch endgültiges Urteil, sowie 25 Streitsachen durch Zurückziehung der Klage, in weiteren 19 Fällen auf andere Weise. Insgesamt 51 Streitsachen mußten vertagt und als unerledigt in das laufende Jahr übernommen werden. Zur Abhaltung gelangten 18 Sitzungen, und zwar stets unter Teilnahme der Beisitzer. In 4 Fällen erfolgte Berufung. Y.

Wichtig für Steuerzahler

Das schlesische Wojewodschaftsamt (Finanzabteilung) gibt bekannt, daß die Frist für Abgabe der Steuererklärung zwecks Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1930: 1. für physische Arbeiter am 1. März d. J., 2. für juristische Personen am 1. Mai d. J. fällig ist.

Die obengenannten Termine haben jedoch für alle diejenigen Personen, deren Haupteinkommen a) aus einem Grundstück bis zu 30 Hektar, b) aus einem Handelsunternehmen, für welches ein Gewerbepatent nach der 4. und 5. Kategorie eingelöst wird, c) aus einem gewerblichen Betriebe oder einer Werkstätte, welche von der Einlösung eines Gewerbepatents befreit oder für welche die Steuer nach der 8. Kategorie zu entrichten ist, d) aus Wohnhäusern mit höchstens vier Wohnräumen besteht, keine Gültigkeit.

Diese Personen sind zur Abgabe der Steuererklärungen nur dann verpflichtet, wenn sie seitens des jeweiligen Finanzamtes eine Aufforderung erhalten. Die zur Abgabe der Steuererklärungen vorgeschriebenen Formulare werden bei den einzelnen Finanzämtern unentgeltlich verabfolgt. Die ausgefüllten Formulare sind alsdann bei den zuständigen Steuerämtern abzuführen. Nichtbefolgungen werden laut den geltenden Bestimmungen mit Geld- bezw. Gefängnisstrafen geahndet. Y.

Arbeiteraussperrungen in Bielitz

Das, was vorausgesehen wurde, ist eingetreten. Die Kapitalisten wollten die Löhne reduzieren, und da die Arbeiter das freche Ansinnen abgelehnt haben, wurde ihnen gekündigt. In 20 Webereien erhielten die Arbeiter die Kündigung. Bereits gestern standen alle Webereien still. 10 000 Arbeiter wurden entlassen. Sie fallen der Allgemeinheit zur Last. Gestern fanden Massenversammlungen der ausgesperrten Arbeiter statt, die zu dem brutalen Vorgehen der Kapitalisten Stellung genommen haben. Unter den Arbeitern herrscht große Aufregung. Straßendemonstrationen stehen bevor. Die Regierung konnte der Sache nicht Herr werden, sie wollte wahrscheinlich den Kapitalisten die Vernunft nicht beibringen. Durch die Aussperrung der Arbeiter in den Bielitzer Webereien ist die Zahl der Arbeitslosen in der Wojewodschaft um 10 000 gestiegen.

Entlassung der Arbeiter in den Eisenhütten

Gewerkschaften und Betriebsräte beim Demobilmachungskommissar
Keine allgemeinen Entlassungen — Vorerst Prüfung der Verhältnisse

Mit den allgemeinen Meldungen, daß die oberschlesische Industrie im größeren Maße Arbeiterentlassungen vornehmen darf sowie auf Grund der regen Tätigkeit der einzelnen Verwaltungen zur Arbeiterentlassung, sahen sich die Gewerkschaften verpflichtet, mit den beteiligten Betriebsvertretern beim Kommissar Gallot vorstellig zu werden. Ganz besonders wurde erst die Frage behandelt, ob die Hütten zu einer allgemeinen Entlassung die Genehmigung der Regierungsinstanzen besitzen. Herr Kommissar Gallot erklärte, daß die Nachrichten, die die Presse gebracht hat, erfunden und erlogen sind. Niemals habe er oder ein anderer Vertreter mit Vertretern der Werke über eine Entlassung gesprochen. Auch in dem Fall Bismarckhütte erklärte Gallot, mit Ausnahme Herrn Brzoska, sonst mit keinem Vertreter der Bismarckhütte überhaupt gesprochen zu haben. Die Gewerkschaftsvertreter konnten jedoch dem Herrn Demobilmachungskommissar berichten, daß auf den meisten Werken Vorbereitungen getroffen werden, Arbeiter in größerer Anzahl zu entlassen. Man wählte zwar für die Massenentlassungen einen anderen Weg, so z. B. in der Bismarckhütte werden langjährige Arbeiter, die heute noch zu den Höchstverdienern und zu den mit Höchstleistung geltenden Arbeitern zählen, wegen zu geringer Produktionsleistung gekündigt. Auf anderen Werken versucht man in einer anderen aber ähnlichen Weise Leute zu entlassen. Alles deutet darauf hin, daß die Arbeitgeber systematisch zur Katastrophe treiben. Der Demobilmachungskommissar berief sich darauf, daß er jeglichen Einspruch durch die Betriebsräte bei nur irgendeiner Entlassung voll berücksichtigt. Die Demobilmachungsverordnung, wonach die Arbeitgeber bis zu 5 Prozent der Belegschaft ohne Genehmigung entlassen können, ist aufgehoben. Es muß in jedem Kündigungsfalle, wenn es sich um Einschränkung handelt, dem Kommissar schriftlich Mitteilung gemacht werden, und erst dann nach 10 Tagen kann mit Genehmigung erst gekündigt werden. Mithin hätten sämtliche Arbeiter, die ihre Kündigung früher erhalten haben, als die Werke die Genehmigung zur Kündigung durch den Demobilmachungskommissar, ein klagbares Anrecht auf Bezahlung ihrer somit ausgefallenen Schichten. Die Gewerkschaften wandten sich entschieden gegen das von Arbeitgebern gepflogene System und hoben hervor, daß für eventuelle Unruhen, die daraus entstehen können, die Arbeitgeber wie auch die Regierungsinstanzen die Verantwortung tragen müssen. Bezeichnend ist, daß nachdem die Presse (Kurjer Poranny) die Mitteilung von der Genehmigung veröffentlichte, die Konzerne „Spolka Akcyjna Katowice“ und „Spolka Akcyjna Huta Krol i Laury“ an den Demobilmachungskommissar um Genehmigung zur Entlassung nachgesucht haben. Es scheint also, daß die oberschlesischen Kapitalisten die Inspiratoren dieser allgemeinen wirtschaftlichen Misere sind. Die Spolka Akcyjna Huta Krol i Laura verlangt sogar eine Kündigung ihrer Belegschaft in Höhe von 5 Prozent monatlich und zwar für die Anlagen der Laurahütte, Königshütte und Gräfin Lauragrube. Gerade dieser Konzern, an deren Spitze der ehemalige Minister Kiedron steht und sich augenblicklich im Auslande befindet, beabsichtigt von oben herab ein derartiges Chaos hereinzuführen. Die Spolka Akcyjna Katowice hat natürlich ihre Entlassungsgesuche für die Bismarckhütte eingereicht. Für die Martahütte und Hubertushütte sind Verschiebungen von Arbeitern vorgesehen, die man von Martahütte nach Hubertushütte schieben und dafür in Hubertushütte langjährig beschäftigte Arbeiter, die schon lange zur Stammannschaft gehören, aus dem Betriebe entlassen. Das Vorgehen bedarf einer gewissen Betrachtung und der Herr Demobilmachungskommissar ist darauf aufmerksam gemacht worden, in jedem Falle dies zu unterbinden, weil Arbeiter in der Hubertushütte, die ortsansässig und dort seit 20 Jahren arbeiten, jetzt plötzlich als Arbeitslose auf die Straße geworfen werden. Der Herr Demobilmachungskommissar ist darauf besonders durch die Gewerkschaften aufmerksam gemacht worden, daß es sich hier nicht mehr um ein Sparsystem der einzelnen Verwaltungen handelt.

Berücksichtigt man, daß Hütten, wie die Bismarckhütte, monatlich 2 Millionen Lohngelder zur Auszahlung bringen und stellt man dem gegenüber eine Zahlung von Tantiemen in Höhe von 100 000 Zloty (die Tantiemen der Herren Direktoren sind darin nicht erfaßt), dann muß man hier mit eiserner Faust zugreifen und die 5 Prozent Mehrbelastung würden reichlich zum Ausgleich kommen, um Familienväter und andere Arbeiter nicht brotlos zu machen. Schon einmal haben wir darauf hingewiesen, daß die Verteuerung der Produktion nicht durch die Arbeiterschaft erfolgt, sondern durch die oberen Beamten. Wir haben auch auf die enormen Gehälter hingewiesen und müssen das heute noch einmal wiederholen. Da sie nicht widerrufen worden sind, so wurde dem Herrn Demobilmachungskommissar ebenfalls mitgeteilt, daß in der Bismarckhütte die Herren Direktoren bis zu 100 000 Zloty monatlich Gehälter beziehen, wobei der Kleinste mit dem fürstlichen Gehalt von 10 000 Zloty monatlich entlohnt wird. Würde man diese Herren im Verhältnis zu der Arbeiterschaft abbauen, so könnten für einen Direktor 400 Arbeiter weiter arbeiten. Das Verhältnis im allgemeinen spricht für den Arbeiter, denn hatte man doch vor dem Kriege in einem Hüttenwerk Oberschlesiens ca. 5218 Arbeiter beschäftigt und nur 372 Aufsichtspersonen gehabt.

Heute, wo eine gewisse Rationalisierung und technische Verbesserung durchgeführt ist, beschäftigt man 4916 Arbeiter und 856 Aufsichtspersonen. Die Arbeiter werden dem Elend und der Not ausgesetzt. Von diesen 4916 sollen nunmehr 2—300 wiederum zur Entlassung kommen und der Apparat der Aufsichtsbeamten, wie man heute schon hört, wird wiederum erweitert. Das spricht also deutlich dafür, daß es der Industrie nur darum zu tun ist, einen gewissen wirtschaftspolitischen Druck auszuüben, wobei die Arbeiter auf der Straße Pionierdienste für die Industriellen machen sollen. Wir hören heute schon, daß die Industrie Aufträge von der Regierung nicht übernehmen will, wenn sie nicht den geforderten Preis dafür erhält. Also hat hier die Regierung das Wort. Sie allein ist in der Lage, den Druck auf die Industrie auszuüben, daß vorerst das Heer der Arbeitslosen herabgesetzt werden muß und dann erst kann der Preis gezahlt werden.

Die Konferenz hat den Ausgang genommen, daß der Vertreter Gallot betonte, bei individuellen Arbeiterentlassungen sich nicht widersetzen zu können. Arbeiter werden zur Entlassung kommen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse heute einer Katastrophe gleichen. Er will am Sonnabend, den 15. mit den beteiligten Hütten (Arbeitgebervertreter und Betriebsräte) Konferenzen abhalten und dort die weiteren Maßnahmen besprechen.

Die Gewerkschaften und Betriebsräte müssen eine Kündigung von Arbeitern ablehnen. Vorerst müssen wir verlangen, daß eingehend die Betriebsverhältnisse studiert werden und daß

1. Die Ueberstundenleistung vollständig vermieden wird.
2. Die Arbeitszeit entsprechend dem § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 soweit herabgesetzt wird, wie die Verordnung dies vorsieht.
3. Der Abbau der hohen Gehälter und Tantiemen muß abgebaut werden.
4. Die Hütten müssen nachweisen, daß sie keine Aufträge erhalten haben und erst dann kann man mit den Betriebsräten und Gewerkschaften über Arbeiterentlassungen durch Kündigung reden. Unter keiner andern Bedingung, als wie unter der oben angegebenen kann die Arbeiterschaft Opfer auf sich nehmen. Wir sind zu Opfern bisher stets herangezogen worden, nunmehr verlangen wir, daß die andere Seite auch Opfer bringt.

Arbeiter seid auf der Hut und sammelt Euch, um die organisierten Arbeiter, die gewohnt sind, Kämpfe um ihre Existenz zu führen. K. B.

Vom Baume des Bösen

Von Marcel Berger.

Autorische Uebersetzung von Hans Adler.

49)

Eine egoistische Regung durchzuckte mich. Ich wies mit einer Bewegung des Kinnes auf das Bett, wo das verfallene Gesicht der Sängerin, von schwarzen Haaren umrahmt, aus den Kissen sah, und murmelte fast unhörbar:

„Sind Sie nicht allzu freigebig, Doktor?“

„Ach,“ erwiderte er gedämpft, „diese Frau ist wirklich nicht geschaffen, um Leiden zu ertragen.“

Wie eigentümlich klangen diese teilnahmsvollen Worte aus dem Munde eines Menschenverächters.

In einer Minute hatte ich alle noch möglichen zwecklosen Fragen gestellt: Ein Brechmittel . . .? Wirkungslos. Litt man lange? Das war verschieden; eine Stunde, anderthalb Stunden und länger . . .

Im Weggehen erkundigte ich mich:

„Und Titto Vertescu?“

Der Dichter schritt auf dem Balkon auf und ab und rauchte eine selbstgedrehte Zigarette; ich bewunderte seinen philosophischen Gleichmut.

Mit versagenden Beinen ging ich weiter. Es fiel mir noch immer schwer, an die Realität der Vorgänge zu glauben. Daß ein irrsinnig Gewordener mehr als ein halbes hundert Menschen in einer Laune einfach vergiftete, kam doch wohl nur in Räubergeschichten vor. Trotzdem fühlte ich mich nicht behaglich. Vergebens suchte ich mich zu sammeln. Vielleicht gab es für einen entschlossenen klaren Kopf einen Ausweg! Aber so sehr ich mein Gehirn anstrengte, es fielen mir nur banale Phrasen ein, wie diese: „Den Weltkrieg mußte ich überleben, um nun auf diese Weise zugrunde zu gehen . . .“

Ich war im zweiten Stockwerk angelangt. Die Gedanken jagten sich. Der Spaziergang in der frischen Luft hatte mir eigentlich wohlgetan. Trug ich wirklich den Todeskeim schon in mir? Konnte sich La Tour-Aymon nicht vielleicht doch nur einen diabolischen Spaß erlaubt haben? Aber das verschwundene Gift, das halbe Geständnis des Verdächtigen, die beiden ersten Opfer? Einbildung? Zufälle? Kein Stöhnen, kein Röcheln war mehr hörbar . . . In tiefer Stille lag der Korridor vor mir. Hatte ich geträumt?

Die hoffnungsvolle Stimmung hielt nicht an. Nein, wir waren verloren. Bald würde auch ich vor Schmerz aufheulen wie ein Stück Vieh, das man schlachtet . . . Mir blieb nichts übrig, wie in mich zu gehen, meine Gedanken zu ordnen, mich auf das Ende vorzubereiten.

Ich kam an mein Zimmer, trat ein. Die Doppeltüre auf dem Balkon stand weit offen. Ein Wetterleuchten fuhr über den Himmel, fern über dem Jura ging ein Gewitter nieder . . . Meine Familie! Meine Mutter! Ich sollte ihr doch noch einmal schreiben. Aber zuerst mußte ich mich ausruhen. Vorsichtig ließ ich mich in einen Fauteuil sinken, dachte an nichts. Wartete. Ein Schüttelfrost packte mich.

Das erste Symptom; ich wunderte mich nicht. Ich erhob mich schwerfällig, schloß das Fenster und hüllte mich in meine Reisedecke. Resigniert horchte ich in die verdächtige Stille auf einen neuen Schrei eines neuen Opfers.

Minuten vergingen. Meine Kaltblütigkeit imponierte mir selbst. Ich sah in ihr die Abgeklärtheit des Weisen. Ja, wir hatten den Krieg mitgemacht und gelernt, dem Tode ins Antlitz zu schauen. Uns schreckte er nicht wie unsere Vorfahren, die ihn, verweichlicht und zitternd, an ihr Krankenlager treten sahen. Was hatte ich auf dieser Welt zu verlieren? Nicht einmal eine Geliebte, denn ich hatte es nie vermocht, mein ganzes Herz an eine zu hängen. Wenn ich zugrunde ging, so starb ich wenigstens in voller Jugendkraft ohne die heimtückischen Verheerungen des Alterns erdulden zu müssen. Gedankengänge, die ich in bösen Winternächten bei Spincourt und Calonne gesponnen hatte, setzten sich an der Stelle, wo sie abgebrochen worden waren, wieder fort.

Aber war es mir wirklich bestimmt zu sterben? Je länger ich wartete, mit desto lebhafterer Kraft begann neue Hoffnung sich zu regen. Und an der Süße dieser Empfindung erkannte ich, daß meine Gleichgültigkeit und meine Ergebenheit in das Schicksal nur gemacht war.

14.

Ein schüchternes Klopfen an meiner Türe weckte mich aus meinen Träumereien.

„Herein!“

Die Tür öffnete sich und Evelyne trat ein. Totenblaß, in einen langen Otterpelz gehüllt. Ich lächelte und erhob mich:

„Wie lieb von Ihnen, zu kommen . . .“

„Sie wissen, was uns bevorsteht . . .?“ sagte sie mit klangloser Stimme.

„Ja, alles. Aber wer hat es Ihnen gesagt?“

„Der Doktor hat uns eben alle verständigt.“

„Er hat . . .?“

„Seine Pflicht.“

„Eine schreckliche Szene mußte sich abgespielt haben . . .?“

„Nicht zu schildern. Der Salon widerhallte von ihrem Geheule. Der Großfürst zerschlug Möbel und zertrat Spiegel. Der alte Engländer und sein Sekretär schrien Verrat. Ich glaube, daß sie sofort Radiogramme abgehen ließen — aber Bern meldet sich nicht. Dann entschlossen sich die beiden, über den Gemsensteig, von dem ich Ihnen erzählte, hinunter zu klettern . . .“

„Wenn dies ein Weg zur Rettung ist, Evelyne,“ rief ich „lassen Sie sich von mir führen!“

„O nein“, sagte sie. „Beide werden abstürzen und sich erschlagen. Sie und die drei Musikanten, die sich ihnen angeschlossen haben . . . Nicht einmal bei Tag würde ich es wagen . . . An einer Stelle ist der Felsrand, den man zu übersetzen hat, keine zwanzig Zentimeter breit. Und unten fällt die Wand ins Bodenlose ab . . .“

„Sie geben also jede Hoffnung auf?“

„Und Sie?“

„Mir fällt es nicht so schwer. Ein alter Philosoph . . .“

„Ich wußte, daß Sie sich in dieser Situation wie ein Mann benehmen würden.“

„Nun und was sagt unser Freund Marius?“

„Er? Oh, er ist wütend und kopflos . . . denkt nur mehr an seine eigene wertvolle Person. Uebrigens haben Baron Holbeck und er einen seltsamen Einfall gehabt: Man erzählt, daß quer durch den Berg eine unterirdische Stiege führt.“

„Deren Ausgang anläßlich der Renovierung des Schlosses zugemauert worden ist. „Ja, Müller hat uns davon erzählt.“

„Sie hoffen, auf diesem Weg ins Freie, ins Tal zu gelangen . . .“

„Ein verzweifelter Einfall . . . aber des Versuches

rief ich und wandte mich gegen die Tür.

„Was fällt Ihnen ein!“ schrie sie auf. „Dazu ist

allem zu spät. Der Abstieg müßte mindestens eine Stu

Anspruch nehmen und in einer Stunde . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Kattowitz und Umgebung

Neuer englischer Anfängerkursus und englischer Lektürekursus. Gestern abends 7,15 Uhr, begann der von dem englischen Akademiker, Herrn Mathur, geleitete englische Anfängerkursus, und zwar nicht im Lyzeum, sondern im Unterrichtsraum der Kattowitzer Autofahrschule, ul. Konopnickiej Nr. 5 (frühere Sophienstraße, Anfang der Beatestraße und dann längs der Eisenbahn). Mittwoch 8,10 Uhr findet der Lektürekursus in der Wohnung des Leiters, Studienrat Birkner, Beatestraße 49, 3. Etage statt. — Alle übrigen polnischen und englischen Kurse fallen in dieser Woche aus, da die Erlaubnis des Magistrats zur Benutzung der Räume noch aussteht. Ihr Wiederbeginn wird durch die Zeitung und durch Anschlag am Schaukasten der Buchhandlung von Hirsch bekanntgegeben. — Zum Anfängerkursus werden Meldungen noch bei Hirsch und im Kursus selbst entgegengenommen.

Für die eigene Tasche. Auf recht eigenartige Geschäfte verlegte sich der Leo Szaufer aus Sosnowitz, welcher wegen verschiedener Betrügereien bereits mehrfach vorbestraft ist. Er beschäftigte sich als Akquisiteur einer Kattowitzer Bilderfirma mit dem Verkauf von Bildern und versuchte die Bilder in Sosnowitz abzusetzen. Er meinte es aber nicht ehrlich, sondern verlegte sich erneut auf Schwindeleien. Eines Tages legte er bei der Kattowitzer Firma einen gefälschten Bestellzettel auf Anlieferung eines Oelgemäldes vor. Er erhielt das Bild und verkaufte dieses weit unter dem Preise. Den Erlös steckte er ein und ließ die Firma warten. Sz. besaß die Dreistigkeit, auf das eigene Konto noch 2 Bilderbestellungen aufzunehmen und ließ sich bei der Firma von da ab nicht mehr sehen. Der Schwindler wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kommunalpolitisches aus Eichenau

Das Jahresbudget von 550000 Zloty angenommen

Am Montag, den 10. Februar fand in Eichenau, nach einer längeren Ruhepause, eine Gemeindevertretersitzung statt. Dieselbe leitete der Gemeindevorsteher Kosma. Man war auf eine scharfe Debatte vorbereitet, dieselbe trat erst beim vorletzten Punkt der Tagesordnung, anläßlich einer Auseinandersetzung zwischen dem Gemeindevorsteher Kosma und dem Gemeindevertreter Orzel ein. Es wurde aber darauf kein Gewicht gelegt, denn die Eichenauer Gemeindevertreter sind an die Angriffe Orzels schon gewöhnt. Wäre Orzel Gemeindeexekutor geworden, wie er es wollte, so wäre alles in bester Ordnung.

Die Tagesordnung umfaßte acht Punkte. Für das Jahr 1930/31 wurde ein 100prozentiger Kommunalsteuerzuschlag zu der Staatssteuer als Gebäudesteuer festgesetzt. Ferner wurde die Bauplatzsteuer auf 5 Prozent vom 1000 festgesetzt. Die Grundstückssteuer wurde ebenfalls auf 100 Prozent Kommunalsteuer zu der Staatssteuer festgesetzt. Nun kam der wichtigste Punkt der Tagesordnung an die Reihe und zwar Annahme des Jahresbudgets für 1930/31. Das hohe Budget wurde dahin ausgelegt, daß man in diesem Jahre wiederum an verschiedene Investitionen herangehen will. Zum Beispiel soll in diesem Jahre der weitere Ausbau der Kattowitzerstraße erfolgen. Auch soll die Schule 2 gänzlich umgebaut werden. Verschiedene Positionen wurden im Budget geändert. So wurde für die Armenfürsorge eine größere Summe bewilligt als im Budget vorgesehen war. Die Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft stellten einen schriftlichen Antrag um Beseitigung der Luxussteuer von Klavieren. Derselbe wurde aber abgelehnt. Bei den weiteren Budgetberatungen erklärte Gemeindevorsteher Kosma, daß die Kopalnia Polska ein Leidenskind in der Gemeinde ist und überhaupt keine Steuern an die Gemeinde zahlt. Das Jahresbudget wurde mit kleineren Aenderungen in Einnahmen und Ausgaben von 550 000 Zl. angenommen.

Punkt 5, Wahl der Reklamationskommission zur Kommunalwahl, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Punkt 6. Bewilligung eines Zusatzkredites zur Durchführung der Kommunalwahlen, wurde dahin erledigt, daß man 1200 Zloty zu diesem Zweck bewilligte. Nun kam der wunde Punkt, Personalfragen. Dabei sollte auch die behobene Weihnachtsgratifikation der Gemeindebeamten zum Beschluß kommen. Gemeindevertreter Orzel glaubte sein Mütchen stillen zu können, was auch noch als Propaganda für die herannahenden Wahlen anzusehen war. Auf seine Angriffe erhielt er eine gehörige Abfuhr, daß er es vorzog, den Sitzungssaal vor Beendigung zu verlassen. Die Gratifikation von 75 Prozent wurde mit den Stimmen der Deutschen Wahlgemeinschaft bewilligt. Unter Verschiedenes gab Gemeindevorsteher Kosma bekannt, daß endlich die Hoffnung besteht, daß die vielumstrittene Uebergangsbrücke an der Ueberführung über die Kattowitzerstraße gebaut wird. Die Eisenbahnbehörden haben sich entschlossen, den Wünschen der Eichenauer Bevölkerung Rechnung zu tragen und im Laufe des Sommers die Brücke aufzubauen. Ferner gab der Gemeindevorsteher zur Kenntnis, daß der Antrag die Milowitzerstraße auf den Etat der Wojewodschaft zu übernehmen, von der Wojewodschaft abgelehnt wurde. Nach Erledigung noch kleinerer Fragen schloß der Gemeindevorsteher Kosma nach 3½ Stunden die Sitzung.

Königshütte und Umgebung

Nepp und Prellerei im Heiligenschein!

Wiederum strömten nun schon zum dritten Male die Scharen nach dem Hotel „Graf Reden", um von Peter Eymael über „Jesus, den sozialen Heiland" zu hören. Der Saal füllte sich mehr und mehr. Längst schon waren alle Sitzplätze ausverkauft, aber wo noch ein Billett aufzutreiben war, wurde es an den Mann gebracht. Schon war es Zeit, zu beginnen, und immer noch wurde mit Stehplätzen in dem überfüllten Staal gefeilscht.

Da erscheint Herr Goldmann im Hause. Mit zufriedenem Schmunzeln erkundigt er sich nach dem Stand der Kasse, worauf er Informationen erteilt. „Na ,dann werden wir bekanntmachen." Inzwischen war im Saal schon voll ehrfürchtiger Erwartung das Lied: „Harre meine Seele" verklungen. Jetzt erscheint aber am Podium ein Vertreter an Stelle Goldmanns und gibt mit herzlichen Bedauern bekannt, daß Pater Eymael schon im Laufe des Tages seine Rückreise nach Wien angetreten habe, da ihm Paßschwierigkeiten dazu zwangen.

Nun war ja die Geschichte ganz in Ordnung. Aber etwas anderes war auch schon in Ordnung, nämlich die wohlverwahrte Kasse, die nicht mehr da war und die bei Seite gerückten Barrieren am Eingang, damit man recht schnell wieder hinaus könnte. Nun fragen wir: Wozu hat man da nur noch bis zur letzten Minute die Groschen der Armen abverlangt. So manch ein Erwerbsloser hätte jetzt gern einige Zigaretten dafür gehabt.

Armer sozialer Heiland! Mußt Du also schon dazu herhalten, daß man mit Dir Geschäfte macht? Na, dafür leben wir ja in einem Zeitalter, wo „Nehmen seliger ist, als Geben".

Rechenschaftsbericht des Wohlfahrtskomitees zur Unterstützung der Arbeitslosen und Armen.

Aus dem Jahresbericht genannten Wohlfahrtskomitees ist unter anderem zu entnehmen, daß nach Einstellung der Subventionen von seiten der Wojewodschaft, im vorigen Jahre die an der ulica Krzyzowa und an der ulica Sobieskiego gelegenen Suppenküchen eingestellt werden mußten, weil angeblich die Stadt nicht in der Lage war, allein die Kosten zu tragen. Die eine verbliebene Armenküche an der ulica Bytomska hat dadurch einen starken Zuspruch erhalten, der sich von Tag zu Tag, infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit steigert.

Das Wohlfahrtskomitee bestreitet seine Zuwendungen aus den freiwilligen Abgaben der Staats- und Kommunalbeamten, der Kaufmannschaft, der freien Berufe und den Gewerbetreibenden. Nach dem Geschäftsbericht, wurden im Vorjahre 11 Sitzungen abgehalten, die sich mit der Verteilung der Zuwendungen befaßten. An Einnahmen wurden 20 836,33 Zloty erzielt, an Ausgaben sind durch die Gewährung von Subventionen den Suppenküchen 19 000 Zloty überwiesen. Dem Vinzenzverein wurden zur Einkleidung von armen Erstkommunikanten 1500 Zloty zum Geschenk gemacht. Seit der Gründung des Komitees im Jahre 1926, wurden an Subventionen insgesamt 101 506 Zloty zur Verteilung gebracht.

Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen folgende Personen hervor: 1. Vorsitzender Generaldirektor Kiedron, 2. Vorsitzender 1. Bürgermeister Spaltenstein, Kassierer Ingenieur Pillich, Schriftführer Magistratsreferent Urbanowicz, zum Aufsichtsbeamten der Armenküche wurde Herr Koj bestimmt, ferner als Kassenrevisoren Prof. Rudlicki und Dr. Hanke.

Beschlossen wurde der Zusatz „und der Ortsarmen", da aus der Suppenküche nicht nur Arbeitslose, sondern auch Ortsarme gespeist werden. An die Wojewodschaft soll herangegangen werden, zwecks Gewährung von weiteren Subventionen, um die eingestellten Suppenküchen wieder in Betrieb setzen zu können, weil dieses die ständige Zunahme der Arbeitslosen und Armen erfordert. Das Komitee bittet die bisherigen Spender, weiterhin an der Hilfsaktion mit demselben Interesse mitzuwirken, wie es bis jetzt der Fall war. Personen freier Berufe, die sich an der Aktion noch beteiligen wollen, können ihre Anmeldung beim Magistrat Königshütte vollziehen. Freiwillige Spenden können in der Stadthauptkasse zur Einzahlung gebracht werden, gegen entsprechende Quittung.

Ausstellung von Personenstandslisten für die Kommunalwahlen. In Verbindung mit den bereits ausgeschriebenen Kommunalwahlen, macht der Magistrat Königshütte bekannt, daß mit der Aufstellung von Wählerlisten begonnen wird. Allen Hausbesitzern werden am 12. und 13. Februar d. Js. Formulare zugestellt, die sofort den Hauseinwohnern auszuhändigen sind, zwecks Ausfüllung derselben. In die Formulare sind alle männlichen und weiblichen Personen einzutragen, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr am 24. März 1930 vollenden, in Königshüte mindestens 6 Monate wohnhaft sind, rechnend vom 24. März 1930 rückwirkend und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. In diese Formulare sind fremde Staatsangehörige nicht einzutragen, ferner nicht Personen, die gegenwärtig aktiv im Militärdienst stehen, mit Ausnahme solcher, die zur militärischen Uebung eingezogen werden. Die übergebenen Formulare sind sofort und deutlich auszufüllen und dem Hausbesitzer wieder zurückzugeben. Die Abholung derselben erfolgt bis zum 17. Februar durch städtische Polizeibeamte und sind bereit zu halten. Als letzter Termin wurde der 18. Februar angesetzt, wo noch die Abgabe der Formulare im Wahlbüro im Rathause, Zimmer 101 ermöglicht ist. Etwa nicht ausreichende Formulare sind im obengenannten Büro während den Dienststunden erhältlich, wo auch alle, mit den Kommunalwahlen verbundenen Auskünfte, erteilt werden. Der Magistrat ersucht die Bürgerschaft, die übergebenen Formulare gewissenhaft und deutlich auszufüllen, um spätere Reklamationen auszuschließen, was auch im Interesse der Bürger und Wähler liegt.

Eine außergewöhnliche Stadtverordnetensitzung. Am Freitag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Mädchengymnasiums am Plac Kopernika eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung statt, wo nur die Beratung des Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1930-31 erfolgen wird. Infolge der zu erwartenden großen Aussprache bei diesem Budget, mußte zu diesem Schritt gegriffen werden. Der Vorberatungenausschuß tagt gleichfalls an demselben Tage, um 17 Uhr.

Auch die O. E. W. in Chorzow will zu Entlassungen schreiten. Die Verwaltung der oberschlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow, wandte sich an den Demobilmachungskommissar, zwecks Genehmigung zur Entlassung von 30 Mann der Belegschaft. Inwieweit der Demobilmachungskommissar diesem Antrage stattgeben wird, steht noch nicht fest, doch wird angenommen, daß er die Genehmigung nicht erteilen wird. Es wäre unverständlich, weil doch der Stromverbrauch in der O. E. W. immer derselbe bleibt und daselbst doch nicht etwa über Auftragsmangel geklagt werden kann.

Siemianowitz

Byttkow. (Wählerlisten einsehen!) Die Gemeindewahlen finden am 30. März d. Js. statt. Die Wählerlisten sind vom 10. bis 26. Februar in der Schule und der Gemeinde zur Einsicht eines jeden Wählers, ausgelegt. Wähler ist derjenige, welcher mindestens seit dem 1. Oktober 1929 hier wohnt. Wer nicht in der Liste steht, muß sofort im Gemeindebüro protestieren und Eintragung beantragen, außerdem ist darauf zu achten, ob genaue Adresse: Straße, Hausnummer, Geburtsdatum, und Geburtsort richtig eingetragen sind. Die Listen werden später noch einmal ausgelegt, da müssen diejenigen, welche jetzt nicht eingetragen sind, noch einmal einsehen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Neue Verkehrskarten.) Nach einer Bekanntmachung des Amtsvorstandes in Bismarckhütte, werden Anträge auf Verkehrskarten für das Jahr 1931 im Gemeindeamt, Zimmer 7, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr mittags werktäglich, mit Ausnahme der Sonnabende, entgegengenommen. Die hierzu benötigten Anträge, die in den hiesigen Buchhandlungen erhältlich sind, müssen ausgefüllt und mit 3 Paßphotographien versehen sein und wie folgt, abgegeben werden: Im Monat Februar mit den Anfangsbuchstaben A—B, im Monat März C—F, im Monat April G—J, im Monat Mai K, im Monat Juni L—M, im Monat Juli N—P, im Monat August R—S, im Monat September St—W, im Monat Oktober W—Z. Zu dieser Antragsstellung sind Einwohner von Bismarckhütte und Neuheiduk berechtigt.

Godullahütte. (Das gefährliche Spiel.) Ueber einen folgenschweren Unglücksfall, welcher sich in Godullahütte ereignete, berichtet die Kattowitzer Kriminalpolizei. Dort brachten vier junge Leute im Alter von 15 bis 21 Jahren an einer Mauer ein Zündhütchen, welches sie auf der Straße vorfanden, zur Explosion. Der älteste von ihnen, und zwar der Josef Nowak, wurde durch ein Sprengstück so schwer in der Herzgegend verletzt, daß Lebensgefahr droht. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus in Rudahammer eingeliefert. z.

Neudorf. (Die brennende Zigarette.) In schwer betrunkenem Zustand kehrte der 44jährige Paul Sonntag aus Nowa-Wies nach seiner Wohnung zurück. Dort legte er sich mit einer brennenden Zigarette auf das Bett und schlief ein. Plötzlich geriet die Kleidung des Schlafenden in Brand, so daß S. erhebliche Brandwunden davontrug. Es erfolgte eine Ueberführung in das dortige Spital. Wie es heißt, ist Sonntag inzwischen seinen schweren Brandverletzungen erlegen. z.

Piekar. (Aus der Parteibewegung.) Am vergangenen Sonntag fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und gedachte des verstorbenen Kämpfers Ritzmann, der gerade der Erde zur letzten Ruhe übergeben wird. Zur Ehrung des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Zu dieser Versammlung erschien als Referent Genosse Raiwa, der die gegenwärtige Wirtschaftskrise behandelte. In seinen weiteren Ausführungen sprach Redner über Zweck und Ziele unserer Partei und den Ausbau der Parteipresse, des „Volkswille". Nur dann kann die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen, wenn sie mit der geistigen Waffe ausgerüstet ist. Wenn der „Volkswille" an Umfang noch nicht so ausgestaltet ist, wie die bürgerlichen Blätter, die von den Kapitalisten unterstützt werden, so ist der geistige Inhalt für den Arbeiter von größter Bedeutung. Mit einem Appell den „Volkswille" zu verbreiten, daß er zum Machtfaktor in Oberschlesien wird, schloß Redner seine Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion, die im Sinne des Referenten gehalten wurde, schritt man zur Wahl des Ortsvorstandes. Die bisherigen Funktionäre wurden wieder gewählt. Unter Verschiedenes wurde über die Reduzierung auf deutscher Seite gesprochen. Einige von den Anwesenden empörten sich, daß dort langjährig organisierte Arbeiter zur Entlassung kommen. Diejenigen, die hier in Polen die größten Gegner der Klassenkampfverbände sind, erhielten dort keine Kündigung. Nach Erledigung verschiedener Fragen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf unsere Partei die Versammlung. —a.

Pleß und Umgebung

Nachwehen der Gemeinderatswahlen in Ober-Lazisk.

Am Wahltage hat der Portier, Karl Rygula von der Korfantypartei, Plakate mit beleidigendem Inhalt gegen einige Genossen von der D. S. A. P. angeklebt, die auf unserer Liste standen. Entrüstet darüber, schritten die Genossen zur Selbsthilfe und entfernten die Plakate. Aus der Wohnung beobachtete das ein Polizist und als ein Genosse von seinem Vorhaben nicht Abstand nehmen wollte, erhielt er ein Strafmondat wegen Uebertretung des § 360 des Str. G. B. und Verordnung des Staatspräsidenten vom 13. Februar 1929. Der Urheber dieser Tat ist straffrei geblieben.

Jahresbilanz der Arbeiter-Unterstützungskasse der Bradegrube 1 und 2.

Einnahmen:

Bestand aus dem Jahre 1928	3122,03 Zl.
Strafen im Jahre 1929	207,00 Zl.
Verwirkte Löhne vom Jahre 1926/27	50,80 Zl.
Vertragsstrafen	40,59 Zl.
Werkszuschuß erstes Halbjahr 1929	276,00 Zl.
Werkszuschuß zweites Halbjahr 1929	163,00 Zl.
Groschenspitzen	904,23 Zl.
Abgeltung nichtgezahlter Fahrgeldentsch.	526,80 Zl.
Ausweiskartenduplikate	8,50 Zl.
Weihnachtszuschuß	2962,50 Zl.
	Sa. 8261,45 Zl.

Ausgaben:

Unterstützungen sind gezahlt an:

Aktive Arbeiter	3461,00 Zl.
Invaliden	688,20 Zl.
Witwen	612,20 Zl.
Waisen	70,00 Zl.
Der Brade 2 zurückgezahlt	68,00 Zl.
	Sa. 4899,40 Zl.

Der Betriebsrat hat die Bücher geprüft und für die Richtigkeit unterzeichnet.

Den Bruder mit dem Stuhlbein erschlagen. In der Familie Machalitz, welche auf der ul. Koszarowa in Pleß wohnhaft ist, kam es zwischen dem Johann Machalitz und seinem Bruder August zu schweren Auseinandersetzungen. Ersterer ergriff in seiner grenzenlosen Wut ein abgebrochenes Stuhlbein und verletzte damit seinen Bruder August durch einige wuchtige Hiebe auf den Kopf, so daß dieser lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Auf dem Transport nach dem St. Johanniter-Krankenhaus verstarb der Verletzte. Der Polizei gelang es inzwischen, den jugendlichen Täter zu verhaften. Weitere polizeiliche Untersuchungen in dieser Mordaffäre sind im Gange. z.

Nikolai. (Der übereifrige Schulinspektor.) In der Nr. 34 des „Volkswille" haben wir unter dem obigen Titel eine Notiz veröffentlicht, in der sich einige Unstimmigkeiten eingeschlichen haben, die auf falscher Information beruhen. Es war nicht der Schulinspektor, sondern der Schulleiter M., der die Kinder über Familienangelegenheiten ausgefragt hat. Ferner trifft es nicht zu, daß der Schulleiter M. Inspektor geworden ist. Es stimmt schon, daß der Schulleiter gegen den früheren Inspektor aufgetreten ist, doch trifft es nicht zu, daß der Schulleiter zum Schulinspektor ernannt wurde. Schulinspektor ist jemand anderer geworden und zwar ein Oberschlesier, was wir hierdurch richtigstellen.

Gegen Rechtswidrigkeit

Die Stellungnahme der deutschen Sozialisten zur Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden, wie sie in der Sejmrede des Abgeordneten E. Zerbe vom 8. Februar d. J. zum Ausdruck kam

Die sicherste und zugleich unerläßlichste Stütze des Staates ist die Achtung der grundsätzlichen Rechte der verpflichtenden Verfassung,

die die organisatorisch-rechtliche Grundlage für das Zusammenleben der Staatsbürger ist, durch alle Bürger, die den Staat bilden.

Diese grundsätzliche Pflicht verpflichtet in verstärktem Maße diejenigen Bürger, die öffentlich-staatliche Funktionen zu erfüllen haben. Deshalb wird auch von uns die Einhaltung der Verfassungsgrundsätze und der sonstigen erlassenen Gesetzesvorschriften durch die Regierung und ihre Vertreter in allen Instanzen der staatlichen Verwaltung als eine der wichtigsten Angelegenheiten im Staate betrachtet.

In Polen sind bisher die Verfassungsrechte für alle Bürger nicht nur nicht eingeführt worden, die sogenannten „Nachmai"-Regierungen haben sogar in offensichtlicher Weise die kardinalsten Bürgerrechte und Gesetzesvorschriften verletzt. Und so wie auf den Höhen der staatlichen Administration gehandelt wurde, so wirkte man auch in den untergeordneten Instanzen. Das Beispiel von oben zog nach sich, daß ein großer Teil der Verwaltungsbeamten sich dem propagierten Regierungssystem anpaßte, indem die bisher geltende Auffassung über die Beamtenpflichten von ihnen einfach über Bord geworfen wurde. Die bisherigen Beratungen zum Staatsbudget in der Budgetkommission und im Sejmplenum haben eine ungeheure Menge von Gesetzesüberschreitungen und von Amtsmißbräuchen an das Tageslicht gebracht. Ein großer Teil der vorgebrachten Vorwürfe entfiel auf die Tätigkeit des Innenministeriums und dies wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß ja gerade in der staatlichen Innenverwaltung die größten Bemühungen seitens der Regierungskreise zwecks Einführung des herrschenden Regierungssystems gemacht wurden.

Daß eine solche Auffassung des Regierens

zum Verschwinden eines jeden Gefühls für Recht und Ordnung im Staate führen muß,

ist für jeden unbeeinflußten Bürger offensichtlich. Die Mehrheit der Bürger Polens hat dies bereits verstanden. Es verstehen dies nur nicht die Anhänger des heutigen Regierungssystems, und selbst der spiritus rector, der leitende Geist des Systems, der Herr Kriegsminister Pilsudski, der als Begründung seines Staatsstreiches seine Auffassung:

„Es gibt in Polen zuviel Ungerechtigkeit!"

anführte.

Gegen die Krankheitserscheinungen im staatlichen Leben muß mit allem Eifer gekämpft werden. Es muß das heutige Regierungssystem liquidiert werden, den es ist der Herd dieser Krankheit. Die Aufdeckung der vollbrachten Rechtswidrigkeiten und Machtüberschreitungen muß erfolgen, um an Hand von Beispielen in der Oeffentlichkeit noch mehr Klarheit zu schaffen und um die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen, damit sie nicht glauben, daß alles von ihnen straflos getan werden kann.

Zu der vernichtenden Kritik des heutigen Regierungssystems kann ich auch eine Serie von Fällen anführen, die zwar in ihrer Wichtigkeit verschieden sind, aber in ihren Folgen für den Staat sich gleichermaßen ungünstig auswirken.

Der Kampf gegen die Presse

Die deutsche sozialistische Presse in Polen mußte den ganzen Terror der Pressezensoren aushalten. Die Tätigkeit der Pressezensoren der Lodzer Starostei und der Polizeidirektionen in Bielitz und Kattowitz unterschied sich in bezug auf unsere Parteipresse nur insofern von ihrem bereits bekannten Wirken der polnischen oppositionellen Presse gegenüber, daß sie bedeutend verstärkter ausgeübt wurde. In der Zeit der terroristischen Konfiskationswut war die Druckerei der „Lodzer Volkszeitung" von innen und außen von Polizeifunktionären bewacht, die keine Zeitungen ohne Erlaubnis der Zensoren ausfolgen ließen. Auf diese Erlaubnis mußte stundenlang gewartet werden. Auch auf die Bekanntgabe des Konfiskationsgrundes mußte man lange Stunden warten, so daß die Herausgabe einer zweiten Auflage unmöglich gemacht wurde.

Es wurden sogar Versuche unternommen, die Redaktion durch mündliches Versprechen zur Präventivzensur der einzelnen Zeitungsartikel zu zwingen.

Was in der „Lodzer Volkszeitung" erscheinen konnte, durfte im „Landboten" nicht gebracht werden, denn der Zensor war der Ansicht, daß dies die ländliche Bevölkerung nicht lesen dürfe. Der Abdruck des bereits zensurierten Artikels von Vandervelde aus dem „Robotnik" und ein in derselben Zeitung gebrachter Bericht über abgehaltene Versammlungen für die Demokratie und Freiheit unterlagen in der „Lodzer Volkszeitung" der Konfiskation. Die in unserer Parteipresse unbeanstandeten Artikel werden als Abdruck in einem anderen Parteiorgan, wenn nicht in Bielitz, dann in Kattowitz oder in Lodz konfisziert.

Die Konfiskationen erfolgten nicht immer wegen dem allgemeinen Inhalt,

sondern für einzelne Sätze oder Worte.

Zwar hat sich die Konfiskationswut teilweise gelegt, aber wer gibt uns Gewähr, wenn wieder die Tendenz der Terrorisierung der Presse entsteht, daß nicht dieselben Beamten die gleichen Gesetzwidrigkeiten begehen, denn niemand gab ihnen bisher die Lehre, daß man in Polen die Freiheit des geschriebenen Wortes achten muß.

Wie schafft man regierungsfreundliche „deutsche" Organisationen?

In der letzten Zeit ist die gewalttätige Aktion der regierungsfreundlichen Kreise auch im deutschen Lager entwickelt worden. Unter dem Protektorat der Wojewoden und Starosten will man eine regierungsfreundliche Sanacja-Bewegung unter den Deutschen hervorrufen. Es werden Parteien gegründet, deutsche Zeitungen finanziert und Leute unterstützt, die der Aktion dienlich sein sollen.

Der schlesische Wojewode führt diese Arbeit ganz offen und ohne Skrupel durch.

Der Starost des Lodzer Landkreises tritt weniger offen auf. Auf einen gegen ihn öffentlich erhobenen Vorwurf, daß er der Schöpfer und

Protektor des neugegründeten Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes sei,

erklärte der Starost in einer amtlichen Verlautbarung, daß es seine Pflicht sei, alle staatlich-schaffenden Elemente zu wecken, zu unterstützen und zu entwickeln. Als Organisator der staatsschöpferischen Tätigkeit dieses deutschen Sanacja-Bundes erscheint ein Mann namens Gebauer, der eine Handvoll Gesinnungsgenossen um sich versammelt hat, die man an den Fingern abzählen kann.

Gebauer ist ein Bürger Danzigs und wurde als Abgeordneter des Danziger Volkstages unter dem Vorwurf, polnischer Militärspion zu sein, im Jahre 1927 aus seiner Partei ausgestoßen.

Dieser Mann bereist nunmehr die Wojewodschaften Schlesien und Lodz. Wer ihm die Existenzmittel hierzu gibt, läßt sich, wie in Danzig, durch Quittungen nicht nachweisen und höchstwahrscheinlich werden die Protektoren uns hierin nicht behilflich sein. Doch möchten wir eine Antwort auf die bescheidene Frage erhalten: Glaubt die Regierung oder der Herr Starost des Landkreises Lodz,

daß ein Mann mit einer solchen politischen und staatsmoralischen Vergangenheit der Erwecker des „staatserhaltenden" Elements in der deutschen Gesellschaft Polens sein kann?

Wann wird Grazynski abgerufen?

Der Wojewode Grazynski, der sich von seiner Grundidee der

Vernichtung des Deutschtums in Schlesien leiten läßt,

bietet seinen ganzen Verwaltungsapparat sowie den Verband der Aufständischen zu diesem Zweck auf. Die Verfolgung und der wirtschaftliche Boykott der Deutschen wird geduldet. Die Freiheit der nationalen oder politischen Ueberzeugung ist in hohem Maße beschränkt.

Es gibt der Väter viele, die nur dafür arbeitslos wurden, weil sie ihre Kinder in die deutsche Schule schickten.

Es gibt viele Aerzte und Techniker, die in der Ausübung ihres Berufs von der Erfüllung gewisser Vorschriften abhängig waren, die aber nur als besondere Schikane erscheinen. Die Mitglieder des Verbandes der ehemaligen Aufständischen, die in ihrer Mehrheit mit dem Aufstande nichts gemein haben,

die aber der Herr Wojewode als seine einzige politische Stütze unterhält, sprengen Versammlungen, zerstören Schilder mit deutschen Aufschriften, zwingen durch Terror die Kinoinhaber zur Kassierung der deutschen Zwischentexte auf den Filmen,

was übrigens in Bielitz zu einem Rückgang der Lustbarkeitssteuer geführt hat, da der Deutsche, der die polnische Sprache nicht beherrscht, die Kinos nicht mehr besucht.

Wir fordern Wahlen zum Schlesischen Sejm?

Die Auflösung des Schlesischen Sejms, demgegenüber unsere Partei kein Sentiment übrig hatte, erachten wir als ungesetzlich und als im Widerspruch stehend zu dem organischen Statut der Schlesischen Wojewodschaft. Wir fordern allerschleunigste Ausschreibung der Neuwahlen und das auch noch aus dem Grunde, weil heute der Wojewode als alleiniger Wirt über ein Millionenbudget erscheint."

*

Leider gestattete die in diesem Jahre für die Budgetberatungen sehr beschränkte Redezeit dem Abg. Zerbe nicht, die übrigen noch recht zahlreichen und bedeutungsvollen Fälle der gesetzwidrigen Tätigkeit und der ungleichen Behandlung der deutschen Staatsbürger durch die Verwaltungsbehörden in seiner Rede zu würdigen und deshalb nahm er für sich das Recht in Anspruch, den Innenminister durch schriftliche Eingaben zu interpellieren.

Kampf um geistige Befreiung

Die Neger-Universität in Washington

In Washington stehen auf einem Hügel die roten Gebäude der „Howard University", der großen Negeruniversität. Sie ist 1867 von einem Weißen gegründet worden, von General Howard, dem Kommandanten der Nordarmee im Sezessionskriege, der die Schwarzen Nordamerikas nicht nur von der Sklaverei befreit sehen wollte, sondern auch für ihre geistige Emanzipation gearbeitet hat. Das Studienprogramm dieser Universität ist nicht besser und nicht schlechter als das der amerikanischen Universitäten. Außer besonderen Kursen für ältere Hörer lehrt man die „liberal arts", Handels- und Finanzwissenschaft, Pädagogik, die angewandten Wissenschaften, d. h. Architektur, Elektrotechnik, Mechanik und dann Medizin und Hygiene, Rechtswissenschaft, Musik und Theologie. 12 000 schwarze Menschen sind seit der Gründung durch die Hörsäle gegangen. Augenblicklich gibt es etwa 7 500 „graduats" (ein amerikanischer Grad), die aus der Howard-Universität hervorgegangen sind. Das Unternehmen existiert in der Hauptsache von den Zuwendungen, die ihm von reichen Negern gemacht werden.

Ich habe fast einen ganzen Morgen in der Universität zugebracht. Ich habe mich lange mit Dr. Johnson, dem Rektor von Howard, unterhalten, ferner mit seinem Sekretär, mit dem jungen Dekan der medizinischen Fakultät, mit dem Professor für Architektur, der eine Reihe moderner Baulichkeiten um die Universität herum aufgeführt hat.

Man sieht Studenten in allen Farben schwarz bis hellbraun, einige fast weiß, bei denen nur die Form der Nase, die dicken Lippen, die krausen Haare und eine gewisse Schwermut im Blick an den Tropfen Negerblut erinnern. Diese Menschen, vollendet in ihren Umgangsformen, oft von bewunderungswerter Intelligenz, habe ich in der Bibliothek eifrig über Bücher gebeugt gesehen, habe ich hinter ihren Mikroskopen beobachtet.

Man muß schon unbelehrbar sein und so üble Rassenvorurteile haben wie gewisse Kreise in Amerika, um zu erkennen, daß der Neger sowohl erziehbar als auch entwicklungsfähig ist. Was der Neger der Vereinigten Staaten in der Dichtung, in der Musik, auf dem Theater geschaffen hat — das Eigenartigste vielleicht, was in den letzten zwanzig Jahren hervorgebracht wurde — ist so wesentlich, daß man etwas davon wissen muß. Musik, Dichtung, Tanz, Schauspielkunst, all das entspringt dem Gefühl. Es ist richtig, was der Schriftsteller James Weldon Johnson im Vorwort seines Buches über die Negerdichtung in Amerika gesagt hat. Der Süden hat seine geistigen Kräfte in schrecklichen Rassenkämpfen verbraucht, so daß dieser Teil der Vereinigten Staaten, in dem 40 bis 50 Millionen Menschen leben, weder einen großen Dichter noch einen großen Geschichtschreiber noch ein großen bildenden Künstler hervorgebracht hat.

Man kann sich denken, daß die Neger Amerikas, die auf der Howard-Universität studieren, nur einen Ehrgeiz und einen Wunsch haben: zu werden wie die Weißen. Der künstlerische Unterricht, den man auf der Howard-Universität erteilt, ist von der afrikanischen Kunst der Vorfahren weit entfernt. Ich habe die Studenten sehr verblüfft, als ich ihnen vom Kongo sprach, vom Museum von Tervueren, von den schönen Elfenbein- und Holzschnitzereien der Wilden Zentralafrikas. Das interessiert sie augenscheinlich nicht. Das Heimweh nach Afrika habe ich nur aus dem Aufschrei einiger junger Negerdichter herausgehört, bei Langston Hughes z. B. oder bei Countee Cullen.

„Aber", hat man mir gesagt, „wenn Sie sich für Afrika interessieren, können wir Ihnen unsere afrikanischen Studenten zeigen." Da habe ich die Augen aufgesperrt. Man führte mich auf einen Sportplatz, wo einige schwarze Studenten Fußball spielten. Man rief einen, zwei herbei. Und ich fand gewinnende Zurückhaltung, natürliches Sichgeben bei diesen Menschen, die eine ebenholzschwarze Haut haben. Da war ein junger Prinz von Uganda, dessen vor zwei Jahren gestorbener Vater ein mächtiger Häuptling gewesen war. Der junge Mann hatte auf die Krone verzichtet zugunsten seines jüngeren Bruders, um auf der Universität in Washington studieren zu können.

„Und was wollen Sie vor allem treiben?" fragten wir ihn. Er antwortete: „Political science and diplomaty" (Politik- und Diplomatiestudien).

Ein junger Abessinier war noch da, ein ungestümer Bursch, der Sohn eines schwarzen Kaufmanns von Nigera, der herangelaufen kam, das Gesicht mit Schweiß bedeckt, und seine französischen Brocken anbrachte. Er kokettierte mit einer jungen Negerin, die uns begleitete, und ich weiß nicht, ob die junge Dame nicht vielleicht lieber mit ihm allein gewesen wäre.

(Aus dem Französischen übersetzt von Arno Ullmann.)



Schwere Kollision des „President Roosevelt"

Der amerikanische 14 000-Tonnen-Passagierdampfer „President Roosevelt" stieß auf der Unterelbe bei Brunsbüttel mit dem englischen Dampfer „Philotis" zusammen. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Sybille Heß

Ein Beitrag zur Geschichte des Frühsozialismus

Von J. P. Mayer

Die beiden Briefe von Sybille Heß an Marx und Marx' Antwort, die hier erstmalig veröffentlicht werden, sind von großem biographischen Interesse. Die Originale befinden sich im Archiv der SPD. in Berlin.

Moses Heß, Sybilles Mann, gilt als „der Vater des deutschen Sozialismus". Er war sechs Jahre älter als Marx und bis zur Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifestes" im Jahre 1847 Marx und Engels in Freundschaft verbunden. Die drei Freunde schrieben gemeinsam eine große Auseinandersetzung mit ihren philosophierenden Zeitgenossen Max Stirner, Feuerbach, Bruno Bauer, um nur die bedeutendsten zu nennen. Ihrer gemeinsamen Arbeit gaben sie den Titel: „Deutsche Ideologie". In dieser Schrift, sie ist bisher nur unvollständig aus dem Nachlaß veröffentlicht, konfrontierten Marx, Engels und Heß die deutsche nachhegelsche Philosophie mit ihrem neugewonnenen Standpunkt, den sie schon damals den historischen Materialismus nannten. Nicht Ideen bestimmen das geschichtliche Geschehen, sondern aus dem Stand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse müssen die geschichtlichen Ereignisse und gesellschaftlichen Zusammenhänge verstanden werden.

Mit der Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifestes" rückten jedoch Marx und Engels von Heß ab. Heß war ihnen nicht konsequent genug. Er konnte, ihrer Meinung nach, gewisse idealistische Schrullen nicht loswerden. Heß blieb immer der Prophet des Sozialismus, der für Marx eine eherne Notwendigkeit der Geschichte war.

Erst nach Heß' Tod, von gelegentlichen flüchtigen Berührungen abgesehen, läßt Sybille noch einmal die gemeinsame Brüsseler Kampfzeit der Freunde aufleben. Und zwei Jahre später schickt sie Marx und Engels das von ihr mit unendlicher Mühe herausgegebene Nachlaßwerk ihres Mannes: „Die dynamische Stofflehre." Diese war ein genialer Versuch, in Natur und Gesellschaft eine gemeinsame Gesetzlichkeit aufzuweisen, ein Versuch, der freilich, nach Marx' Worten, „vielerlei Angriffspunkte für Naturforscher von Fach" enthielt.

Die Briefe der Sybille Heß sind von ergreifender Einfachheit und verraten ein tiefes Vertrautsein um die der Sache der Arbeiterklasse gewidmete Lebensarbeit ihres Mannes. Moses Heß, der verdiente sozialistische Kämpfer, hatte in Sybille, von der etwas undurchsichtige Quellen behaupten, daß sie Heß „aus einem Bordell geholt" habe, ein treue Mitkämpferin gefunden.

Paris, den 6. April 1875.

Lieber Herr und Frau Marx!

Sie haben gewiß den Volksstaat vom 28. April, welchen zu senden, ich so frei war, erhalten. Die Leichenfeier meines Mannes wird in dieser Nummer in recht herzlich mir sehr erfreulicher Weise besprochen.

Ihnen meinen Schmerz über den erlittenen Verlust zu schildern, unterlasse ich, weil ich weiß, daß auch Sie wissen, was ich in diesem Manne verloren habe. Ihre Teilnahme werden Sie mir gewiß nicht versagen. Wie glücklich waren doch die vierziger Jahre, wo wir in Brüssel nebeneinander wohnten.

Noch immer erinnere ich mich so gern an jene Tage, wo ich das Glück hatte, Ihre werte Gesellschaft, Frau Marx, zu genießen; Sie haben einen Eindruck auf mein Herz gemacht, der mir unvergeßlich bleibt. Ewig beklage ich, daß wir durch das Schicksal, welches wir nicht verdient, mit harter Hand getrennt wurden.

Heß war in den letzten zwei Jahren fast ununterbrochen kränklich. Vier Wochen vor seinem Tod bekam er einen Blutschlag über die rechte Seite und es verwandelte sich von diesen Tagen sein Blut in Wasser, was trotz aller möglichen Versuche den Arzt zu verhindern, nicht gelang. Die Natur, die alles gibt und alles wieder an sich zieht, möchte ich verklagen; denn ich meine, Heß wär mir zu früh von der Seite gerissen worden. In der letzten Nacht, wo er mich noch mit unaussprechlicher Zärtlichkeit küte, war sein Geist wie die Strahlen der Sonne; dann schlief er sanft ein und verschied.

Sie, werter Herr Marx, sind, wie mein Mann, ein im Dienst der Revolution ergrauter Kämpfer, möge Ihnen die Gesundheit, die meinem Manne nie im Leben recht hold war, noch lange erhalten bleiben, damit die Sache, welcher Sie von frühester Jugend mit Hintansetzung aller Ihrer persönlichen Angelegenheiten geistig so genützt, daß niemand Ihnen den ersten Platz unter den Denkern der Social-Demokratie streitig machen kann.

Was macht unser lieber Freund Engels; bitte grüßen Sie denselben herzlich von mir und machen Sie ihm Mitteilung über den mich betroffenen, harten Schicksalsschlag.

Das Bild meines lieben Mannes erlaube ich mir dem Brief beizulegen mit der Erwartung, Ihnen damit nicht unangenehm zu berühren; es ist vier Wochen vor seinem Tode gemacht.

Hochachtungsvoll und herzlich grüßend
verbleibt Sibla Heß.———

NB. Ist es Ihnen nicht möglich, mir die Adresse von Napoleon Cäcilia ... mitzuteilen. Ich bitte dringend darum; denn schon lange suche ich den geliebten Freund vergeblich.

Paris, den 20. Oktober 1877.

Bester Herr Marx!

Ich bin so frei, Ihnen hiermit mit großer Freude ein Exemplar der dynamischen Stofflehre des ersten Bandes, die letzte Arbeit meines verstorbenen Mannes, zuzuschicken, möge es freundliche Anerkennung bei Ihnen finden. Sollte das Werk Ihren Beifall haben, so bitte ich, es in meinem Interesse zu verbreiten, wofür ich Ihnen zum innigsten Dank verpflichtet bleiben würde.

Wenn Sie das Nachwort lesen, so werden Sie finden, daß ich das Buch ohne alles Vermögen mit unsäglicher Mühe und großer Sorge dennoch herausgegeben habe. Ich bitte Sie, auch mich bei unserm sehr geehrten Freund Engels für das Buch zu empfehlen, daß er zu meinen Gunsten eine Kritik, in irgend einer Zeitung, welche er selbst wählen möge, verbreite und wenn er etwas dafür tun kann bei seinen Bekannten, um es zu verkaufen, ich möchte gern eine kleine Summe Geld haben, den Drucker zu bezahlen, natürlich das an ihn gerichtete Buch schicke ich ihm zum Andenken; ich wünsche nur, daß er es womöglich verbreite, wofür ich ihn zum Voraus meinen innigsten Dank sage.

Ich bin überzeugt, Sie, lieber Marx und Engels, ehren den alten Kommunisten, Euer Freund, der Euch voran aus dem Leben so geschieden ist.

Es bleibt mir nur der Wunsch übrig, daß diese, seine letzte Arbeit, zur Aufklärung der Unwissenden beitragen möge; denn am Ende gibt es doch kaum eine Wissenschaft, die mehr geeignet dazu ist, als gerade die astronomische Naturwissenschaft, um alle religiöse Phantasien der Menschen auszurotten.

Mit inniger Liebe und Verehrung für Sie, Ihre liebe Frau und Töchter, sowie für unseren verehrungsvollen Freund Engels, grüße ich Sie in hoffnungsvoller Erwartung ganz ergebenst

Sybilla Heß.

rue de Vaugirard 93.

29. November 1877.
41, Maitland Park Road
London, NW.

Liebe Frau Heß!

Ich war zusammen mit Engels längere Zeit von London abwesend und nach Rückkunft mußte ich doch erst das Buch unseres verewigten Freundes lesen, um Ihnen schreiben zu können.

Meinen und Engels besten Dank für Uebersendung desselben. Soweit unser Einfluß reicht, werden wir es zu verbreiten suchen. Es enthält geniale Anschauungen, bietet aber leider — wahrscheinlich, weil Heß nicht die letzte Hand daran legen konnte — vielerlei bedenkliche Angriffspunkte für Naturforscher von Fach.

Indem ich Ihnen den besten Erfolg wünsche

Ihr ergebener Karl Marx.



Professor Hugo Vogel

der bekannte Berliner Maler, Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, feiert am 15. Februar seinen 75. Geburtstag. Zu seinen bedeutendsten Werken gehören Wandgemälde aus der preußischen Geschichte im Berliner Rathaus, Wandmalereien aus der mittelalterlich-sächsischen Geschichte im Merseburger Ständehaus, Kolossalgemälde aus der Entwicklung Hamburgs im Hamburger Rathaus und verschiedene Bilder des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Das Medaillon der Geliebten

Novelle von H. J. Magog

„Ich bin gekommen, um mich bei Ihnen zu bedanken", sagte der Mann und drehte verlegen seine Mütze in den Händen.

Das ganze Individuum paßte auch zu dieser Mütze; in seinen defekten Kleidern und mit dem blumigen, zerfransten Schal um den Hals hatte der Ankömmling viel eher das Aussehen eines verlotterten Vagabunden, als das eines Menschen, der sich auf ehrliche Weise sein Brot zu verdienen sucht. Schon sein Gesicht war von abstoßendem Typus: die hervorstehenden Backenknochen verliehen ihm etwas Brutales, während die Augen — blaßgrüne Augen, die zwischen farblosen Wimpern spähend hervorblinzelten — tief unter der niedrigen Stirn gebettet waren.

Kalt und reserviert, dabei durch den großen Schreibtisch von dem Besucher getrennt, saß Doktor Marange, der berühmte Verteidiger und ehemaliger Vorstand des Pariser Barreaus, vor dem eingetretenen Klienten und betrachtete ihn mit unverhohlener Abneigung.

So war immer schon in seiner Praxis der Fall: von sämtlichen Angeklagten, die er zu verteidigen hatte, war ihm gerade diese Art Existenzen, die Kandidaten für das Bagno und die Guillotine, am zuwidersten, ja die verursachten ihm einen solchen Ekel, daß er nur mit der größten Willensanstrengung ihn jedesmal zu unterdrücken vermochte. In den vielen Jahren seiner gerichtlichen Tätigkeit hat sich nichts in dieser Hinsicht geändert. Unter den Berufskollegen stempelte ihn das zu einem interessanten Sonderling, aber nur die wenigsten unter ihnen wußten, worin die Ursache dieser mysteriösen Abneigung zu suchen war.

Sie hing zusammen mit einer der schrecklichsten Stunden seines Lebens, einem Verbrechen, das bereits zwanzig Jahre zurücklag, das aber noch immer mit einer solchen Gewalt an seiner Seele rüttelte, als habe es sich nicht damals, sondern gerade erst jetzt, vor einigen Tagen ereignet. Wegen einer nichtssagenden Beute — einigen Schmucksachen und etwas Geld — hatte eine junge Frau, die der Advokat liebte, von Mörderhand fallen müssen, ohne daß es den Behörden trotz eifrigstem Nachforschen gelungen wäre, den Schuldigen der irdischen Gerechtigkeit zuzuführen.

Lange Zeit wurde Marange von einer qualvollen Vision verfolgt, sah im Wachen und Träumen einen schlanken Frauenhals, den die Hände eines Ungeheuers drosselten ... Und stand er dann vor seinen Klienten, da bereitete es ihm Mühe, diesem Raubwild nicht ins Genick zu springen und es zu erwürgen, denn in jedem von ihnen vermeinte er den ungestraften Mörder seiner Braut zu sehen.

Wie es unter derartigen Umständen gekommen war, daß Doktor Marange sich vom Beruf seines Verteidigers nicht losgesagt hatte, das bildete eine Frage, die er wohl selber nicht hätte beantworten können. Tatsache indessen blieb, daß gerade auf diesem Gebiet seine glänzendsten Triumphe lagen. Wie viele Köpfe hatte er vor dem Fallbeil gerettet, Schwerverbrecher, die in seiner Einbildung jenem glichen, der sein Lebensglück auf so bestialische Weise vernichtet hatte. Ironie des Schicksals ... Ihnen allen schuldete er seine hochangesehene Stellung, seinen Ruhm, ja sein Vermögen.

Außer in den Stunden in den großen Verteidigungsreden, während derer sich sein Gesicht belebte, war er immer kalt und im höchsten Grade unnahbar. Die schreckliche Erinnerung schien jedes Lächeln von seinem Antlitz verscheucht zu haben, und etwas Starres, ja geradezu Maskenhaftes lag in seinen harten Zügen.

Mit zusammengezogenen Brauen betrachtete er jetzt den Mann, der sich seinem Schreibtisch genähert hatte und die Mütze unablässig in den Händen drehte, es war ein Freigesprochener, der gekommen war, sich für die Verteidigung zu bedanken.

„Ich danke Ihnen von ganzem Herzen", erklärte der Mann. „Diesmal war ich wirklich unschuldig."

„Das wußte ich", antwortete Marange frostig. „Ohne diese Ueberzeugung hätte ich Sie gewiß nicht so erfolgreich verteidigen können."

„Ach, das sagen Sie nur so, Herr Doktor! ...", grinste der Mann über das ganze Gesicht. „Sie sind schon ein wahrer Teufelskerl und verstehen es, wie selten einer, die Geschworenen um den Finger zu wickeln ... Selbst wenn ich schuldig gewesen wäre, hätten Sie mich freibekommen."

„Glauben Sie das ja nicht!"

„Aber gewiß, Herr Doktor ... Uebrigens, was brauche ich mehr? Sie haben mir die Freiheit wiedergegeben, ich danke Ihnen also .... Und dann ...."

Ungeschickt suchte er in den Taschen herum und zog etwas heraus, das in schmutziges Zeitungspapier eingewickelt war.

„Das ist ein Talismann ... ein Andenken an mein erstes „Geschäft" ... Sie dürfen es nicht zurückweisen, Herr Doktor ... Sie dürfen es nehmen ..."

Der Advokat machte eine Geste. „Ich verstehe wohl, aus welchem Gefühl Sie handeln, aber ich darf nichts annehmen."

Diese unerwartete Dankbarkeit hatte ihn weder gerührt noch beleidigt, aber ebensowenig in Staunen versetzt, denn es war nicht zum erstenmal, daß ein Freigesprochener in solcher Weise seiner Erkenntlichkeit Ausdruck verlieh. Ganz ruhig, doch mit Entschiedenheit, wies er die verdächtige Gabe zurück. „Ich kann das nicht annehmen ... Dringen Sie nicht weiter in mich?"

Der Mann aber legte das Paket plötzlich auf den Tisch. „Sie werden mir doch diese Kränkung nicht zufügen, Herr Doktor", sagte er mit rauher Stimme und ging dann rasch zur Tür. „Sie müssen es nehmen. Also viel Glück und nochmals meinen besten Dank!"

Er war draußen, ehe der Advokat ihn erreichen und ihm das Geschenk zurückgeben konnte.



Roswitha-Tag in Gandersheim

Am 9. Februar feierte die uralte deutsche Stadt Gandersheim am Harz das Gedächtnis der ersten deutschen Dichterin, der Nonne Roswitha, die vor 1000 Jahren gelebt hat. An den Feierlichkeiten nahmen zahlreiche deutsche Schriftstellerinnen persönlich teil. — Bild links: Landsknechte durchziehen unter Fanfarenblasen die Stadt; rechts: die Dichterinnen (von links): Marta Grosse; L. von Jacobi; Vicki Baum; Vilma Mönckeberg; Evelyn Faltis in Gandersheim.

Unschlüssig stand Dr. Marange da und betrachtete das Paket, das er zwischen seinen Fingerspitzen hielt. Aber eine plötzlich erwachte Neugierde trieb ihn an, es schließlich zu öffnen. Was konnte denn das für ein merkwürdiges Ding sein, das ihm dieser eklige Geselle zurückgelassen hatte?

An einem Stück zerrissener Kette, die deutlich von der Brutalität des verübten Mordüberfalles sprach, befand sich ein zerquetschtes, glanzloses Medaillon aus Doublee mit dem Bild eines jungen Mannes.

Ein heiserer Aufschrei kam über die Lippen des Advokaten, der sich plötzlich bis in die Haarwurzeln entfärbte. Das Medaillon zitterte wie Espenlaub in seiner Hand.

Mit verzerrtem Gesicht sprang er zu seiner Schreibtischlade, fuhr mit der Hand hinein und zog einen Revolver hervor. Dann lief er zu einem Fenster, das nur halb geschlossen war, riß es auf und neigte sich vornüber.

Der Mann war soeben aus dem Hause getreten und ging gemächlich seines Weges.

Der Advokat zielte... drückte ab... sah die Gestalt straucheln und auf das Pflaster rollen...

Unbekümmert um den Lärm, der von der Straße heraufdrang, ließ er sich dann auf den Sessel vor seinem Schreibtisch fallen, starrte das Medaillon an und ächzte:

„Mein Bild!... Sie trug es auf dem Halse... und dieser Vampyr hat es ihr vom Leib gerissen... dieser,... den ich durch meine Verteidigung freibekommen habe..."

Unwillkürlich dachte er an die Folgen seiner Tat, die er soeben begangen, und an den Kollegen, der mit seiner Verteidigung betrautwerden würde.

Dann schüttelte er nur das Haupt und murmelte mit schmerzlicher Ironie:

„Welches Plädoyer!..."

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12.10: Mittagskonzert. 12.40: Konzert für die Jugend. 17.15: Vorträge. 17.45: Unterhaltungskonzert, Uebertragung aus Warschau. 19.05: Vorträge. 20.30: Unterhaltungskonzert. 21.30: Liter. Stunde. 22.15: Berichte. 23.00: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 11.58: Berichte. 12.10: Vortrag. 12.40: Unterhaltungskonzert. 15.00: Handelsbericht. 15.45: Vorträge. 16.15: Schallplattenkonzert. 18.45: Verschiedenes. 20.30: Abendkonzert. 21.30: Stunde für Kattowitz. 22.15: Berichte. 23.00:Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19,20: Wetterbericht. 22,00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Donnerstag. 9.30: Aus Gleiwitz auf die Deutsche Welle Berlin: Schulfunk. 16.00: Aus Gleiwitz: Stunde der Zeitschrift „Der Oberschlesier". 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30: Stunde mit Büchern. 18.00: Philatelie. 18.20: Stunde der Technik. 18.50: Himmelskunde. 19.10: Himmelsbeobachtungen im Februar. 19.15: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 19.15: Abendmusik. 20.00: Stunde der Arbeit. 20.30: Heitere Musik mit Austin Egen. 21.30: Aus Gleiwitz: O.-S. spricht; aus einem Bergwerk. 22.10: Die Abendberichte. 22.35—24.00: Tanzmusik.



Im Standesamt

„Lachen Sie nicht, junger Mann! Was Sie jetzt tun, ist — weiß Gott — nicht zum Lachen."

(Le journal amusant.)

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends 7½ Uhr, Vortrag des Gen. Dikta mit Lichtbildern. Thema: „Die Weltreise des Grafen Zeppelin".

Bismarckhütte. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends um 6½ Uhr, findet im Betriebsratsbüro ein Vortrag des Genossen Siegerf statt.

Siemianowitz. Am Freitag, den 14. Februar, abends um 7½ Uhr, Vortrag bei Herrn Kozdon. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Nikolai. Am Sonnabend, den 15. Februar, abends 6½ Uhr, findet im Lokal Borzutzki, ul. Miarki ein Vortrag des Herrn Boese über Vitamine statt. Um regen Zuspruch wird gebeten.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Versammlungen am 16. Februar.

Schwientochlowitz. Vormittags 9 Uhr, bei Frommer. Referent Gen. Kowoll.

Bismarckhütte. Nachmittags 3 Uhr, bei Schultheiß. Referent Gen. Kowoll.

Kostuchna. Nachmittags 4 Uhr, bei Weiß. Referent Genosse Wiesner.

Eichenau. Nachmittags 3 Uhr, bei Achtelik. Ref. zur Stelle.

Ober-Lazisk. Nachmittags 3 Uhr, bei Mucha. Referent Gen. Matzke.

Siemianowitz. Generalversammlung mit der „Arbeiterwohlfahrt", nachmittags 3 Uhr, bei Kozdon. Ref. Gen. Wroszyna.

Orzesche. Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt", nachmittags 3 Uhr, bei Grzegorczyk. Ref. Genossin Kowoll.

Bezirksgeneralversammlung des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Am Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, findet im Saale des Zentralhotels Kattowitz die Bezirksgeneralversammlung des Wirtschaftsbezirks Polnisch-Oberschlesiens statt. Die an den Generalversammlungen der Zahlstellen gewählten Bezirksdelegierten, Betriebsräte, Zahlstellenvorstände, Kassierer und Hilfskassierer nehmen daran teil.

Die Tagesordnung lautet:

1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters.
2. Kassenbericht und Berichte der Revisoren.
3. Das Problem der Sozialversicherung in Polen.
4. Allgemeine Aussprache.
5. **Wahlen:** a) zum Bezirksvorstand, b) Beschwerdekommission, c) Revisoren.
6. Gewerkschaftliches und Anträge.

Die oben angeführten Funktionäre des M. u. H. V. werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert und ist unbedingt mitzubringen. Der Bezirksvorstand.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen am Sonntag, d. 16. 2. 30.

Ruda. Vorstandssitzung, vormittags 9½ Uhr, bei Synowiec. Referent Kam. Nietsch.

Schwientochlowitz. Vormittags 9½ Uhr, bei Frommer. Ref. Kam. Knappik.

Emmagrube-Obszary. Vormittags 10 Uhr, bei Bartetzko. Referent Kam. Hermann.

Nickischschacht. Vormittags 10 Uhr, bei Schnepka. Referent Kam. Wrozyna.

Orzegow. Nachmittags 3 Uhr, bei Pyka. Ref. Kam. Nietsch.

Gieschewald-Nickischschacht. (Bergbauindustrieverband.) Am Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthause Gieschewald.

Myslowitz. Nachmittags 2 Uhr, bei Chylynski. Referent Kam. Swadzba.

Wochenplan der D. S. J. P., Ortsgruppe Kattowitz.

Mittwoch: Gesangsprobe in der Aula der Töchterschule.
Donnerstag: Bildungsabend.
Freitag: Notenlehre des Gesangvereins im Zentralhotel.
Sonntag: Heimabend.

Programm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 12. Februar: Vortrag Bund f. Arbeiterbild.
Donnerstag, den 13. Februar: Theaterleseprobe.
Freitag, den 14. Februar: Gesang und Volkstanz.
Sonnabend, den 15. Februar: Falkenzusammenkunft.
Sonntag, den 16. Februar: Heimabend.

Kattowitz. (D. M. V.) Am Sonnabend, den 15. Februar, nachmittags 6 Uhr findet im Zentralhotel die Ortsgeneralversammlung statt. Tagesordnung: Referat des Kollegen Buchwald. Berichte. Wahlen: der Ortsverwaltung, der Ortsausschußdelegierten, der Delegierten zur Bezirksgeneralversammlung usw. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Zutritt.

Kattowitz. (Tour.-Verein „Die Naturfreunde".) Am Freitag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr, hält obiger Verein im Saale des Zentralhotels eine Generalversammlung ab. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Königshütte. (Arbeiterwohlfahrt.) Am Donnerstag, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im Volkshaus (Büfettzimmer) die diesjährige Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt statt. Eine Stunde vorher, und zwar um 6 Uhr, findet die fällige Vorstandssitzung statt. Referentin: Genossin Kowoll.

Königshütte. (Im Wartesaal 4. Klasse.) Unter dieser Devise begeht die Freie Turnerschaft Königshütte am Sonnabend, den 15. Februar, ihr diesjähriges Faschingsvergnügen, in Form eines Maskenballes. Immer schon erfreuten sich die Veranstaltungen obigen Vereins eines regen Zuspruchs und auch dieses Jahr steht zu erwarten, daß der Besuch ein sehr starker wird, zumal die Leitung bestrebt ist, diesmal Besonderes zu leisten. Es ist daher ratsam, sich rechtzeitig mit Einladungskarten zu versehen, die bei den Funktionären des Vereins erhältlich sind, da ohne Karte Eintritt nicht gewährt wird.

Köngshütte. (Volkschor „Vorwärts".) Am Dienstag, den 18. Februar, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Treffpunkt: Vereinszimmer, 7 Uhr abends.

Friedenshütte. (Touristenverein „Die Naturfreunde.") Am Freitag, den 14. Februar, abends 5 Uhr, findet bei Machuletz im Kasino die Gründungsversammlung des T. V. statt. Freunde des Wanderns und Anhänger einer freien Weltanschauung, die Mitglieder werden wollen, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Siemianowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4½ Uhr, findet bei Kozdon unsere Generalversammlung statt.

Eichenau. (D. S. A. P. u. Arbeiterwohlfahrt.) Am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale Achtelik eine Mitgliederversammlung statt. Wegen der Listenaufstellung zur Kommunalwahl werden alle Genossen und Genossinnen aufgefordert pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Nikolai. (Ortsausschuß des A. D. G. B.) Am Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in Ober-Lazisk bei Mucha die Generalversammlung des Ortsausschusses des A. D. G. B. Nikolai statt. Es wird ersucht, daß alle Zahlstellen des A. D. G. B. auf je 25 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden haben, gleichfalls haben auch die Vorsitzenden aller Zahlstellen restlos zu erscheinen.

Ober-Lazisk. Versammlung der Bergarbeiter findet am Sonntag, den 16. um 3 Uhr nachmittags beim Gastwirt Mucha statt. Anschließend daran findet um 4 Uhr nachmittags eine Bezirksausschußsitzung statt.